Seitdem besteht in Wien das Verbot und auch Buresch, der christlich-soziale Landeshauptmann von Nieder-Oesterreich, hat ein ähnliches Edikt erlassen. Trotz alledem sind die Heimwehren an einem der letzten Sonntage in Aspang aufmarschiert, wohlwollend protegiert von der mit ihnen verbündeten Gendarmerie. Der private und der staatliche Fascismus wirken Hand in Hand.

Angesichts des Buresch-Verbotes wagt es die Sozialdemokratie nicht einmal mehr, die Heimwehrprovokation mit einem Gegenaufmarsch zu beantworten; die Kapitulationspolitik hat also eine weitere Etappe erreicht. Sie beschränkt sich in ihrer gewohnt lächerlichen Weise darauf, Streeruwitz als „Schwächling" zu deklarieren. Selbstverständlich ist der Bundeskanzler des Industriellenverbandes nicht schwächlich, sondern ein zielbewußter Vertreter des radikalen Flügels der Bourgeoisie, die, unterstützt von den reaktionären Bauernmassen, denen durch zolltarifmäßige Aushungerung der städtischen Bevölkerung fette Extragewinne zugeschanzt werden, klar und deutlich ihrem Ziele: der faschistischen Diktatur, entschlossen zustrebt. Daß „linke" Elemente des Bürgertums und die Sozialdemokratie darob wimmern, schiert sie nur wenig.

Mittlerweile bereiten die Heimwehren den großen Schlag vor; sie verhängen über ein Rekonvaleszentenheim, das Arbeiter beherbergt, eine Hungerblockade, sie marschieren in Gmunden auf, sie werden im Sommer im Raume von Innsbruck kriegsmäßige Mannöver abhalten. Im Herbst dann, bis die Bauern den Drusch der Ernte vollendet haben, kann das große politische Dreschen beginnen. Das von der Sozialdemokratie chlorolormierte Proletariat kann der Reaktion keinen Widerstand entgegensetzen. Es sei denn, daß es vorher noch erwacht . . .

Betrieb und Wirtschaft

Lohnabbau in der Glasindustrie

Die typische Gewerkschaftstaktik, wie sie seit Jahren gegen die Arbeiter angewendet wird, kann man jetzt wieder in der sächsischen Weißglasindustrie in Reinkultur beobachten. Die zum Himmel schreienden Löhne und die unmenschliche Ausbeutung bei denkbar ungesündester Arbeit, haben die Arbeiter endlich gezwungen, Lohnaufbesserung zu begehren. Ein Schiedsspruch der zustande kam, sah nur eine geringfügige Lohnerhöhung für Zeitlohnarbeitergruppen vor. Tarifkommission und Vertrauensleute lehnten auf Drängen der Arbeiter den Schiedsspruch ab. Die Unternehmer nahmen ihn an.

Jetzt beginnt das Spiel mit den Arbeitern. Auf Anweisung der Verbandsleitung haben die in Akkord beschäftigten Glasmacher und Schleifer der Betriebe Brockwitz-Sörnewitz mit Abteilung Ottendorf, Firma August Walther u. Söhne, Ottendorf, Glasfabrikation vorm. Gebr. Hoffmann in Bernsdorf und Firma Gebr. Eibenstein und Sachsenhütten in Bischofswerda die Kündigung eingereicht und der Schutzverband Deutscher Glasfabriken hat einen Lohnabbau von 5 bis 7,5 Prozent gefordert.

Es ist nun unschwer vorauszusehen, wie das Spiel mit den Arbeitern enden wird. Einige Abteilungen werden sich mürbe streiken, die entbehrlichen Arbeiter werden ausgesperrt, und die weiter schuften dürfen, werden sich freuen, daß ihre Gewerkschaften sie im Betriebe lassen. Die ausgesperrten bzw. bestreikten Firmen haben keinen Pfennig Profitverlust, denn der „Schutzverband deutscher Glasfabriken" ersetzt ihnen allen Schaden und beliefert solange ihre Kundschaft. Wenn die Arbeiter kaputt sind, werden die Gewerkschaften ihren „Sieg" errungen haben, denn dann werden die Fabrikanten ihre Lohnkürzungsandrohung zurückziehen. Die Unternehmer sind schlau genug, zu begreifen, daß die Arbeiter bei noch niedrigeren Löhnen arbeitsunfähig werden.

So erhalten z. B. die männlichen Hilfs- und Nebenarbeiter über 22 Jahre in der Ortsklasse I: 69 Pf. pro Stunde, in der Ortsklasse II: 62 Pf., III: 61 Pf., die Arbeiterinnen über 20 Jahre in der Ortsklasse I: 43 Pf., II: 37 Pf. und III: 34 Pf., und die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend weniger. Glasmacher-, Schleifer- und Formenmachergehilfen, die zum Teil eine dreijährige Lehrzeit hinter sich haben, haben einen Lohn von 4,62 bis 6,93 Mark pro Schicht. Preßglasarbeitnehmer und -ausschlitter haben 4,16 bis 5,89 Mark pro Schicht, Kübelmacher 3,57 bis 4,73 Mark, Einträger 2,50 bis 3,92 Mark.

Das sind die Löhne, die durch Tarifvertrag zwischen Gewerkschaft und Unternehmern zustandegekommen sind. Die Glasarbeiter sind vollzählig gewerkschaftlich organisiert. Man muß hierbei in Erwägung ziehen, daß die Glasfabrikation zu den ungesundesten und schwersten Arbeiten gehört.

Die sächsische Weißglasindustrie gehört zu den technisch rückständigsten Industrien Deutschlands. Die erbärmlichen Löhne, mit denen sich die Gewerkschaften zufrieden gaben, gestattete ihnen die Konkurrenz trotzdem. Heute ist der Absatzmangel aber so bedrohlich, daß sich die Industriellen es leisten können, eine Anzahl Arbeiter streiken zu lassen bzw. sie auszusperren. Sie sind in einem Schutzverband, nicht aber die Arbeiter. Die Gewerkschaft der Arbeiter ist mit ihrer Taktik, auch wenn sie es nicht wünschte, eher eine Abteilung des Schutzverbandes der Industriellen. Mit den Arbeitern wird solange Schindluder getrieben werden, bis sie das Zusammenspiel von Industriellenverbänden und Gewerkschaften erkannt haben werden und die Gewerkschaftsbücher in den Müllkasten werfen.

Langsam weichende Arbeitslosigkeit

Noch 200 000 registrierte Arbeitslose in Berlin!

In der mit dem 2. Juni endenden Woche fiel die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen im Bereich des Arbeitsamtes Berlin-Brandenburg um 2353 auf 236 350 oder 0,99 Prozent gegen 7520 = 3,05 Prozent in der Vorwoche. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitsuchenden auf Berlin mit 195 141, auf die Provinz Brandenburg mit 38 750 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 2639 Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 127 810, in der Krisenunterstützung 26 383, zusammen 154 193 Personen. Demnach gibt es 82 157 Arbeitslose, ohne Unterstützung! Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 100 753. In der Krisenfürsorge entfallen auf Berlin 22 704 Unterstützte.

Im Reich sind die Verhältnisse ähnlich. In der Woche zum 1. Juni wird die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger auf nahe an 800 000 geschätzt. Es sind dies 200 000 mehr als vor einem Jahre.

Der Arbeitsmarkt geht langsam seiner Sättigung entgegen. Aufgenommen werden noch Arbeitslose vom Baugewerbe bezw. von den durch dieses belebten Industrien. Zur „Erhaltung" des Arbeitsloseneeres wollen Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Versicherungsbeiträge erhöhen, während sie, wie wir z. B. an bei den Zigarettenindustriellen an anderer Stelle zeigen, dem Kapital das Geld mit beiden Händen nachwerfen.

Index und Löhne

Das Statistische Reichsamt hat bei der letzten Reform des Reichsindex den Satz für die Kulturausgaben halbiert. Wohl weniger aus der Erkenntnis, daß die tatsächliche Befriedigung von Kulturbedürfnissen der Arbeiter einen erschreckend niedrigen Stand aufweist, als vielmehr um die erhöhten Lebenshaltungskosten, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung ergaben, einigermaßen in den anderen Gruppen ausgleichen zu können. Der verhältnismäßige Anteil der einzelnen Ausgabegruppen der Gesamtlebenshaltung (immer ohne Steuern, Versicherungs- und Organisationsbeiträge) betrug früher, für

Ernährung	53,35 Proz.
Wohnung	19,15 „
Heizung u. Beleuchtung	4,36 „
Bekleidung	10,16 „
Verkehr	1,44 „
Sonstiger Bedarf*)	11,54 „

*) Ausgabe für Reinigung, Körperpflege, Bildung.

Nachdem, was das Reichsamt eine „Reform der Index" und den „Verhältnissen Rechnung tragen" nennt, erledigt ist, sieht die Geschichte jetzt so aus:

Ernährung	54,77 Proz.
Wohnung	20,35 „
Heizung u. Beleuchtung	5,55 „
Bekleidung	10,05 „
Verkehr	3,07 „
Sonstiger Bedarf	6,21 „

Wir wollen nicht darüber rechten, daß die Erhöhung für Heizung und Beleuchtung nur 1,19 Prozent beträgt. Jede Hausfrau braucht nur ihre Kohlen-, Gas- und Stromrechnung von früher und heute nebeneinanderzulegen und die Statistik ist geklatscht.

Die ganze schönfärbende Tendenz tritt auch bei dem Kapitel Wohnung in Erscheinung. Obgleich die kümmerlichen Reste eines Mieterschutzgesetzes eine ungehemmte Steigerung für Altwohnungen noch behindert, steht aber die angesetzte Erhöhung von 1,20 Prozent im katastrophalen Gegensatz zur rauen Wirklichkeit. Die Ausgaben für Wohnung stiegen von 49,50 im April 1924 auf 126 im April 1929. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Regierungen weitere Steigerungen vorsehen, um den „Anreiz zum Wohnbau" zu fördern, wie es so schön in der Sprache der Koalitionpolitik heißt.

Allgemeine Mitgliederversammlung von Groß-Berlin

am Freitag, den 28. Juni 1929, abends 7,30 Uhr,

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Referat:

Wesen und Grundsätze einer revolutionären Organisation.

Die Genossen sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Auch die „Verbesserungen" und Aenderungen des bisherigen Verbrauchsschemas für die Ernährungsausgaben sind ein Hohn auf die Tatsachen. Nach Berechnungen des Reichsgesundheitsamtes wurde eine Erhöhung der Reinkalorienzahlen um rund von 2 Prozent vorgenommen und der bisherige Eiweißgehalt des Ernährungsbedarfs durch Aenderung der Nahrungsmittel um 20 Prozent erhöht.

Die Erweiterungen im Wertgeleistschema bestehen darin, daß zum ersten Male Butter eingesetzt wurde, und zwar sind für den 4-Wochen-Bedarf der republikanischen Musterfamilie (zwei Erwachsene, ein Knabe von 14, ein Mädchen von 7, und ein Kind von 1½ Jahren) 2000 Gramm vorgesehen. Dafür wurden aber, um „die an sich schon sehr reichlichen Fettmengen dem ernährungs-psychologisch notwendigen Bedarf anzunähern", 250 Gramm Margarine und 1000 Gramm inländischer Speck gestrichen. Bei solchen „Verbesserungen" kann allerdings von Verbesserung nicht viel die Rede sein.

An Genußmitteln, wie die Statistik so schön berichtet, sind ferner noch neu aufgenommen: 250 Gramm Bohnenkaffee, 1 Kilogramm Kakao und 1250 Gramm Kaffee-Ersatz. Eine Aufnahme des infolge seines Vitamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen wertvollen Frischobstes sowie von Salat ist nicht erfolgt. Es hätte sich dann gezeigt, daß die für die Ernährung angesetzte Erhöhung um 1,42 vH., die schon den bescheidensten Lebensnotwendigkeiten ins Gesicht schlägt, dreimal aufgefressen worden wäre. Die Rationalisierung in den Betrieben mit ihrer Hetzarbeit und dem jagenden Tempo, die nervöse Hast im öffentlichen Verkehr, erfordern eine stärkere und bessere Erneuerung der Kräfte als früher. Daß aber selbst noch Tausende von Proletariern auf Grund der schlechten Entlohnung hinter der staatlichen Wertgeistgrundlage zurückbleiben, beweist die erschreckende Zahl der unterernährten Schulkinder.

Die auf Grund der reformierten Reichsindexziffern errechneten Lebenshaltungskosten betrugen für die sieben Gruppen (ohne Steuern usw.):

1913	100,0
April 1924	125,3
Oktober 1924	134,9
April 1925	136,7
Oktober 1925	143,5
April 1926	139,6
Oktober 1926	142,2
April 1927	146,4
Oktober 1927	150,2
April 1928	150,7
Oktober 1928	152,1
April 1929	153,6

Selbst diese Zahlen zeigen eine nur im April 1926 unterbrochene, fortschreitende Steigerung, trotz aller Kunstkniffe. Die wirklichen Kosten der Lebenshaltung haben sich aber seit 1913 mindestens verdoppelt, wovon sich jeder, der einen Rundgang durch die Geschäfte macht, überzeugen kann.

Neben allem Sonstigen hat die bewußte Niedrigkeits-Darstellung der Lebenshaltungskosten aber noch folgende Tendenz: Die Ware Arbeitskraft ist eine Ware wie jede andere, nur mit dem Unterschied, daß sie die Quelle neuen Wertes ist. Ihr Wert richtet sich wie bei allen Waren, nach der gesellschaftlich-notwendigen Arbeitszeit. Das sind die Erhaltungs- und Wiederherstellungskosten. Um diesen Wert schwankt der Marktpreis. Der Marktpreis der Arbeitskraft ist, abgesehen von den Einflüssen der Konkurrenz, um so niedriger, je niedriger die Lebenshaltungskosten der Arbeiter sind. Der Reichsindex hat nun die Tendenz, diese Kosten niedriger erscheinen zu lassen als sie wirklich sind, und wirkt damit lohndrückend.

In welchem Verhältnis stehen nun die Löhne der Arbeiterklasse zu den Kosten der Lebenshaltung? Haben sie mit der wachsenden Teuerung Schritt gehalten?

Zum Vergleich sollen auch hier die amtlichen Zahlen dienen. Ehe sie aber gegenübergestellt werden, muß die Lohnfeststellungsmethode kurz erklärt werden. Die Statistik macht eine Unterscheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Die heute immer mehr durch die Maschinisierung wachsende Gruppe der angelernten Arbeiter wird nicht berücksichtigt. Als Grundlage der Statistik gilt der gewogene Durchschnittlohn für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe, bei regelmäßiger Arbeitszeit. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die Normalerscheinung des monopolisierten Kapitalismus, die den Lohn der Arbeiterklasse senken, sind nicht in Rechnung gestellt.

Die amtliche Statistik hat die Arbeiter in zwei Abteilungen gegliedert. Die Produktionsmittelindustrie und die Verbrauchsgüterindustrie, wie sie bezeichnet werden. Jede Abteilung besteht aus sechs Gruppen. Die Eingliederung der einzelnen ist rein vulgärökonomisch.

Der gewogene Durchschnittslohn wird gewonnen, indem die Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1925 als Unterlage dient. Entsprechend der Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Berufsgruppen werden die entsprechenden Proportionen zusammengezählt. Abgesehen von Buchdruckgewerbe, wo bei der Berechnung sämtliche Ortsklassen eingestellt sind, ist bei anderen der Maßumfang auf bestimmte Gebiete oder Städte begrenzt. Für die Metallindustrie z. B. gelten 20 Hauptsitze, für das Holzgewerbe 25, für die Bauindustrie 23 Großstädte. Der Lohnindex versteht sich einschließlich der sozialen Zulagen (für Ehefrau und zwei Kinder), soweit solche gewährt werden.

Wie gestaltet sich nun nach diesem Schema der errechnete Lohn? Es betrug für alle 12 Gewerbegruppen

a) Wochenlohn (in RM.)

	Gelernte	Ungel.	Index
April 1929:	32,54	40,65	153,6
1913:	34,67	23,21	100,0
Zunahme:	51,5%	75,1%	53,6%

b) Stundenlohn (in RPf.)

1913:	65,9	39,7	100,0
April 1929:	108,5	81,6	153,6
Zunahme:	64,6%	105,5%	53,6%

Nach den Ziffern der amtlichen Zusammenzählung liegen nur die Wochenlöhne der gelernten Arbeiter unter der Steigerung der Lebenshaltungskosten, während alle anderen mehr verdienen. Diese Zahlen sind aber, abgesehen von dem zu niedrigen Index nicht nur eine grobe Irreführung, sondern auch falsch. Die Steigerung des Geldlohnes schrumpft sofort zusammen, wenn man die Kaufkraft des Lohnes an der Hand des Index vergleicht.

Unter diesen Umständen betrug die Kaufkraft:

a) Wochenlohn (in RM):

	Gelernte	Ungelernte
1913:	34,67	23,21
April 1929:	28,16	21,78
weniger:	4,51	1,43

Stundenlohn (in RPf.):

	Gelernte	Ungelernte
	65,9	39,7
	58,1	43,7
weniger:	7,8	mehr 4,0

Der Reallohn ist also mit Ausnahme bei den Stundenlöhnen der Ungelernten gesunken. Seine wirkliche Steigerung beträgt aber auch nicht 105,5%, sondern nur 10,2%.

Der tatsächliche Reallohn der deutschen Arbeiterklasse ist noch niedriger. Die Statistik der Republik hat nämlich aus falscher Scham im Index die Steuern und Sozallasten nicht mit eingerechnet. Die müssen vom Normallohn noch in Abzug gebracht werden. Die wöchentlichen Abzüge betragen im Durchschnitt für Krankenkasse 4,5%, Erwerbslosenbeitrag 1,5%. Invaliden 3% des Gesamtverdienstes. Außerdem hat die Musterfamilie bei einem Wochenlohn von 52,54 M noch 1,35 M an Steuern zu entrichten. Stellt man so der Theorie des Reichsamtes die Praxis des Lebens entgegen, dann versinken die errechneten prozentualen Steigerungen des Lohnes in Nichts. Hart und brutal zeigt sich, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse als Produzent und Konsument in der Republik gewaltig gestiegen ist. Der Lohn und die Lebenshaltung aber sind gesunken.

Die eherne Dialektik des Geschehens schafft aber in diesen Dingen eben auch die Voraussetzungen zur Ueberwindung der kapitalistischen Ausbeutung durch die Proletarierklasse.

Bücher-Ecke

Marxistische Bibliothek.

		Ganzl. Mk.
Bd. 1.	Lenin, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	2,50
Bd. 2.	Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners	4,—
Bd. 3.	Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie	2,50
Bd. 4.	Rjazanow, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär	3,50
Bd. 5.	Stalin, Probleme des Leninismus	5,—
Bd. 6.	Stalin, Auf dem Wege zum Oktober	3,50
Bd. 7.	Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	
Bd. 9.	Bucharin, Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals	3,—
Bd. 10.	Lenin, Ueber Gewerkschaften	3,—
Bd. 13.	Deborin-Thalheimer, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus	3,—
Bd. 14.	Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus	3,—
Bd. 17.	Pokrowski, Prof. M. N.: Historische Aufsätze	3,—
Bd. 18.	N. Lenin—G. Plachanow, L. N. Trotzki im Spiegel des Marxismus	3,50

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Quittung.

Für Pressefond gingen im April und Mai ein:
Kraft 15.—; Recht 20.—; Fr., Wriezen 1.—; Ludwig 40.—; 17. Bezirk 10.—; Hauser, Bln. 2,50; 14. Bezirk 25.—; Schmidt 12.—; Weiß 10.—; Ortsgruppe Bonn 2.—; Wagner, Wien 2,70; 5. Bezirk 10.—; 21. Bezirk 15.—; Brandes 15.—; 17. Bezirk 15.—

Leser der „KAZ."

die die Zeitung bisher durch eine Ortsgruppe erhielten und jetzt nicht mehr beliefert werden, müssen die KAZ. von neuem durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, neu bestellen. Zahlung ist auf deren Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, zu leisten. Eine andere Kassierung findet für sie nicht statt.

Groß-Berlin

6. Bezirk. Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Str. 88.

14. Bezirk (Neukölln). Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstr. 17, Ecke Weserstr.

18. Bezirk. Jeden Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N.
Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 24

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 15. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Verpfaffung Preußens

Das Konkordat — ein Verfassungsbruch!

Was nun zwischen der Sozialdemokratie und dem Papst eigentlich beschlossen ist, wissen nur die Götter, die schwarzen und die rosafarbenen. Die Presse spricht von einer neuen Dotation an die Kirche von 1½ Milliarden Mark. Der „Vorwärts" behauptet, es seien „nur" 1,4 Millionen Mark, die die Schwarzen aus den Steuergeldern der Arbeiter neu hinzubekommen werden. Insgesamt erhalten sie dann 2,8 Millionen Mark. Aachen und Berlin bekommen Bischöfe, die Preußen bezahlt. Das, wohlverstanden, zu derselben Zeit, wo Hilferding die ungeheuersten Jongleurkunststücke macht, um auf Kosten der Arbeiter den Reichshaushalt zu balancieren und wo sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern und die Beiträge zu erhöhen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, wie der „Vorwärts" berichtet, dem Konkordat mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der Vertrag Römische Kurie-preußisch-sozialdemokratische Regierung ist bekanntlich perfekt geworden, ohne ihn dem Landtag vorzulegen. Das hat seine guten Gründe. Das Konkordat ist nämlich nichts anderes als ein Verfassungsbruch. Die Reichsverfassung schreibt vor, daß Voraussetzung über die Bestellbarkeit zum geistlichen Amt Reifezeugnis und dreijähriges Studium an einer deutschen oder österreichischen Universität sind oder an einem gleichgestellten Seminar. Der Konkordatsvertrag bestimmt, **daß die päpstliche „Hochschule", die Jesuitenschule in Rom, den genannten Universitäten gleichgestellt wird!!**

Das ist nämlich der Streitpunkt, der vor einigen Wochen die Studenten und Professoren ganz Spaniens in den Kampf gegen Regierung und Kirche und der zur Schließung aller Universitäten führte. Der Kampf in Spanien ist noch. Eine Anzahl Professoren und Studenten sind eingekerkert, die Mehrheit steht Gewehr bei Fuß, um weitere Angriffe der Pfaffen und ihrer Regierung abzuwehren. Und in diesem selben Augenblick sind es die deutschen „Arbeitervertreter", die den Schwarzen in Preußen Tor und Tür öffnen. Was das spanische katholische Bürgertum mit der Waffe in der Hand abwehrt, gibt die deutsche Sozialdemokratie dem Klerus. Das ist das Konkordat!

Was die päpstliche „Hochschule" in Rom bedeutet, kann nur der ermessen, der ihre Zöglinge kennt. Das schwärzeste mittelalterliche Muckertum heimtückischster Intoleranz sind wahre Lichtblicke dagegen. Wir kennen sie aus ihrer „seelsorgerischen Wirksamkeit" aus verschiedenen hinterwälderischen Tälern Italiens, Spaniens und Portugals, wo sie ganze Landstriche, einst geistig gesunde und blühende Menschen, zu bigotten, fanatischen und stumpfsinnigen Kreaturen „erzogen" haben. In Mexiko hat sich bekanntlich unendlich oft fast das ganze Volk zusammengetan, um diese Gesellen außer Landes zu jagen. In Preußen werden sie im Auftrage der Sozialdemokratie Gewerkschaftsmitglieder erziehen.

Die Aushungerung der schlesischen Weber

Mit der Sympathie der Gewerkschaften.

Eisenach, 11. Juni. (Eigenbericht des „Vorwärts".)

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, der gegenwärtig in Eisenach tagt, faßte zur Aussperrung der schlesischen Textilarbeiter einstimmig folgende Entschließung:

„Der Beirat des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes spricht den 50 000 ausgesperrten schlesischen Textilarbeitern und -arbeiterinnen seine volle Sympathie aus. Er verurteilt das rücksichtslose Vorgehen der Leitung der Unternehmer in diesem Kampfe. Der Beirat erwartet von der Schlichtungsinstanz, die jetzt eingreifen soll, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung trägt und daß nicht nur die Tariflohnsätze, sondern auch das bestehende Lohnniveau eine entsprechende Erhöhung erfahren."

Wir haben die erbärmlichen Löhne der schlesischen Textilarbeiter mitgeteilt. Sie sind niedriger als auch in schlechtbezahlten Teilen des Reiches die Arbeitslosenunterstützung. Die Gemeinden der schlesischen Textilgegenden zahlen den Arbeitenden vielfach Zuschüsse, daß sie bei der Arbeit nicht verhungern. Die Textilarbeiter des ganzen Reiches arbeiten, im Auftrage der Gewerkschaften. Die arbeitenden Betriebe versorgen die Kundschaft der Unternehmer, die ihre Arbeiterschaft ausgesperrt haben, sobald deren große Lager geräumt sind. Die arbeitenden Unternehmer entschädigen die Aussperrer. Ein Verlust ist für sie bei der starken Ueberproduktion nicht verbunden. Den Unternehmern, den Aussperrern wie jene, deren Arbeiter Streikbrecherarbeit gegen die schlesischen Ausgesperrten verrichten, ist eine Betriebsruhe angenehm, um die Lager zu entlasten.

Und in dieser Situation erklären die wohlgenährten Bürokraten den Verhungernden ihre Sympathie! Kann es einen größeren Hohn auf proletarisches Ehrgefühl geben? Jeder ehrliche Arbeiter, dem die Ehrfurcht vor seinen Bonzen oder der Hunger noch nicht die letzte Scham zu den Hunden getrieben hat, müßte sich voll Ekel abwenden von dieser Gesellschaft, die für das Massenelend nur Hohn hat.

Das schlesische Textilarbeiterelend ist der sichtbarste Ausdruck der Ueberproduktion der deutschen Textilindustrie infolge der Rationalisierung. Die Textilindustrien aller kapitalistischen Länder machen einen Wettlauf auf dem Weltmarkt, dessen Kosten bei einem „Kampf" wie ihn der Textilarbeiterverband jetzt in Schlesien und immer und überall führt, die Arbeiter allein tragen. Die Textilindustrien der kolonialen Länder, der bisherigen Abnehmer der europäischen Textilindustrien, werden mit europäischen und amerikanischen Kapi-

Kapitalbildung durch das Volk?

Nun wird sich alles, alles wenden! Die Reparationsverhandlungen in Paris haben zu einem „positiven" Ergebnis geführt. Der Zahlungsplan des amerikanischen Kapitals ist im Prinzip genehmigt. Deutschland zahlt nicht mehr, ohne daß ihm auf der Gesamtrechnung quittiert wird. Die Rechnung ist hoch, sehr hoch, aber es ist wenigstens Klarheit geschaffen. Die Möglichkeit der Abtragung der Schuld und damit der „Erarbeitung" der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit ist gegeben. Nun frisch ans Werk! Der Preis der Arbeit — das ist die Freiheit und der Aufstieg des Vaterlandes.

So und ähnlich klingt es aus der demokratischen und sozialdemokratischen Presse. Die Deutschnationalen, die seinerzeit ihre Mannen abkommandierten, damit — weil sie an der Regierung saßen — der Dawespakt zustande kam, polemisieren lediglich vom Standpunkt des verhinderten Sieges, die jede „Vergewaltigung" dann in Ordnung finden, wenn sie als Sieger fungieren. Das Proletariat muß sich jedoch hüten, sich von dem Streit der bürgerlichen Parteien beeinflussen zu lassen. Seine Stellung wird von ganz anderen Gesichtspunkten bestimmt. — Die Politik der Bourgeoisie ist nicht die Politik des Proletariats.

Die sozialdemokratische Presse leitet auch jetzt wieder eine ideologische Offensive ein, um das Proletariat zu vergasen für den großen Angriff, den das Kapital vorbereitet. Wie bei allen Fragen, so kehrt auch jetzt immer wieder die „Nation" als Einheit wieder. Der Kampf um die „Lastenverteilung" beginnt, und soll im Reichstag „ausgekämpft" werden. Alles ist darauf angelegt, daß das Proletariat erst ins Netz gehen soll. Hat es sich erst in den Schlingen sozialdemokratischer Demagogie verfangen und die Sozialdemokratie den Paket von Paris unter Dach und Fach, ergibt sich alles andere von selbst.

Die Bourgeoisie jedoch rückt den Punkt in den Vordergrund, an dem keine Demagogie etwas abschwindeln kann: die **Kapitalbildung.** Wenn die Schuldenwirtschaft abgebaut, wenn die fälligen Zahlungen pünktlich geleistet, wenn darüber hinaus die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft sich entwickeln, konkurrenzfähig werden, sich den „Platz an der Sonne" wieder erobern soll, dann müssen alle „unproduktiven Ausgaben" fallen, muß aus eigener Kraft eine gesunde Kapitalbildung gesichert werden. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen!

Dem setzt nun die Sozialdemokratie die Parole entgegen: „Kapitalbildung durch das Volk". Eine wirklich frappierend einfache, eine verblüffend geniale Lösung! Bis heute erfolgte die Kapitalbildung nach dem profanen, kapitalistischen Grundsatz der Ausbeutung des Proletariats. Die Not der breiten Massen ist die notwendige Begleiterscheinung der „Kapitalbildung", der Akkumulation des Kapitals. Kapitalbildung bedeutet für das Proletariat **Ausbeutung.** Vermehrte Kapitalbildung, **vermehrte** Ausbeutung. — Die Arbeiter spüren dies ja am eigenen Leibe. Kapitalbildung bedeutet weiter Herabsetzung der Herstellungskosten. Sei dies nun in Gestalt des direkten Lohnabzuges, oder der Niederhaltung der Löhne bei steigenden Preisen, oder dem Steuerraub, oder der Verdrängung der Arbeiter durch die Maschine: die Arbeiter bezahlen immer die Zeche! Im Zeitalter der Rationalisierung mit seinen ungeheuren Möglichkeiten der Auspumpung bis zum letzten Hauch, mit seiner durch die Rationalisierung wachsenden Reservearmee von Arbeitslosen tritt das besonders kraß in Erscheinung.

Die Sozialdemokratie verlangt „Kapitalbildung durch das Volk". Sie verlangt, daß der Arbeiter so viel Lohn bekommt, daß er sparen kann, Sie verlangt, daß die Arbeitslosen, die überflüssig geworden sind, „ausreichend versorgt" werden. Sie verlangt den Aufstieg der Arbeiter zu kleinen Kapitalisten. Sie verlangt, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung sich selbst aufgibt. Sie könnte ebenso gut verlangen, daß es im Winter nicht schneit, oder daß der Löwe mit allen Tieren Frieden schließt, die er so gern frißt.

Herr Hilferding sitzt in der Klemme. Er hat eine Reichsanleihe ausschreiben lassen, die ursprünglich 500 Millionen bringen sollte. Um die Blamage zu mildern, ging Hilferding selbst auf 300 Millionen herab. Davon ist ungefähr die Hälfte (177,7 Millionen Mark) gezeichnet worden, trotzdem der Herr Finanzminister buchstäblich bei den Banken betteln ging. Sie wissen, der Herr Finanzminister wird entweder bankrott machen, oder er wird einwilligen, das Geld dort zu holen, wo es immer geholt wird, aus den Knochen der Proleten. Sie wollen erst sehen, wo die Reise hingeht. Die Sozialdemokratie will immer noch den Schein wahren, will an der „Erwerbslosenversicherung" nicht „rühren" lassen. Sie schlägt Erhöhung der Beiträge vor — die letztenendes die Proleten bezahlen, weil eben alle Steuern und sozialen Lasten, die der Kapitalist „auslegt", wieder umgelegt werden auf die Verbraucher. Und die Verwaltungsbürokratie hat längst Anweisungen, das Arbeitslosenversicherungsgesetz der „Zeit entsprechend" zu handhaben, und abzuwimmeln was irgendwie abzuwimmeln geht. Die „Krisen"empfänger werden systematisch zu Lohndrückerei gezwungen.

Es ist eine tiefe Tragik, daß das Proletariat immer noch solch kleinbürgerlichen Stumpfsinn hinnimmt, wo es im Kriege, in der Inflation, in jeder Krise so bitter dafür gezahlt hat, daß es nicht begreift, daß die kapitalistische Ordnung in ihrer weiteren Entwicklung auch notwendig das Chaos vergrößert. Die „Kapitalbildung" vollzieht sich in immer weniger Händen. Die Kapitalbildung ist undenkbar ohne immer intensivere **Konzentration** des Kapitals als selbstverständliche Begleiterscheinung der Monopolisierung und Zentralisierung der modernen Industrie. Die „Reichen" werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher und ärmer. Wenn im Verlaufe dieser neuen „Kapitalbildung" — nach dem Niederbruch in Krieg und Inflation, die Hunderttausende von kleinbürgerlichen Existenzen ins Proletariat sanken — wieder eine gewisse Arbeiteraristokratie herauswächst, so ändert diese nichts an der allgemeinen Tatsache, daß das Proletariat als Klasse so lange in immer größeres Elend gestoßen wird, als es glaubt, daß es mit der Bourgeoisie gemeinsame Interessen hat.

Die Riemen, die in Zukunft in immer größerer Zahl geliefert werden sollen, sind Riemen aus der Haut des Proletariats, und die Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind dabei, mit ihren reformistischen Einspritzungen — wie immer — die dazu nötige Betäubung des Proletariats zu sichern. Es wird Zeit, daß das Proletariat endlich erkennt, daß es um seine Haut geht, und daß es sich seiner Haut nur erfolgreich wehren kann, wenn es begreift, daß das kapitalistische System und seine Nutznießer seine Todfeinde sind.

talien immer stärker ausgebaut, die europäischen Waren von den Märkten der kolonialen Länder immer mehr verdrängt. Die deutsche Textilindustrie ist mit kapitalistischen Mitteln nicht mehr gesund zu machen, das Elend der Arbeiter mit gewerkschaftlichen Mitteln nicht mehr zu beheben. Solange die Proletarier ihr Schicksal einem Bürokratenklüngel anvertrauen, ist ihre Lage besiegelt. Es kann nur ein Bergab geben, ins Elend der schlesischen Weber, und diese . . . . je nun, die Unternehmer wollen von den Löhnen — zu denen die Armenämter einen Zuschuß zahlen, damit sie die Höhe der Armenunterstützung erreicht — noch 7½ Prozent abziehen! Und die Besitzer der Gewerkschaft der Dreiviertelverhungerten mit ihren 1000-Mark-Monatsgehältern fassen eine Entschließung: damit die Schlichtungsinstanz das verhindern möge! Das ist Gewerkschaftspolitik ohne Komentar, ohne Satire.

Nur ein Zweifel besteht hier für den denkenden Arbeiter: Soll man sich mehr wundern über die abgrundtiefe Verachtung der Arbeiter durch die Bonzen oder über die Arbeiter, die diese Leute durch ihre Hungergroschen noch erhalten?

Schlesisches Elend.

Die Gegenden, in denen die schlesischen Textilwirtschaftsförter und Städtchen liegen, sind von Natur die gesündesten Mitteleuropas. Unzählige Quellen für alle möglichen Leiden, Höhen- und Luftkurorte, ozonreiche Waldgegenden locken jahraus jahrein Zehntausende von Kurgästen und Hunderttausende von Touristen an, um sich zu erholen, zu erfrischen und zu stärken.

Was der Kapitalismus aber zusammen mit seinen „freien" Gewerkschaften aus den Menschen gemacht hat, die diese paradiesischen Gegenden bewohnen, darüber wollen wir Berufenere sprechen lassen. Die Schulen des Kreises-Landeshut führten eine Erhebung durch, bei der 2400 Kinder erfaßt wurden. Hier ist das Resultat:

Kein eigenes Bett hatten	1465
Ohne Frühstück kamen zur Schule	200
Nicht regelmäßig warmes Mittagessen haben	119
Nur ein Hemd besitzen	142
Nur ein Paar Schuhe haben	1165
Keine wollene Unterwäsche haben	350
Keinen Mantel haben	572
In Wohnungen aus einem Raum ohne Küche oder Kammer leben in Prozent:	79,1

Im vorigen Jahre wurden von 6000 untersuchten Kindern 3000 als unterernährt festgestellt. Was man in Schlesien aber erst als Unterernährung gelten läßt, daß kann man sich wohl denken, wenn wir uns entsinnen, daß diese „Untersucher" uns einst in Berlin und am hellen lichten Tage einzureden versuchten, daß man aus Strohmehl und gemahlener Baumrinde ein ganz gutes und nahrhaftes Brot backen könne.

Während die Säuglingssterblichkeit im Reichsdurchschnitt 9,7 Proz. beträgt, steigt sie in Niederschlesien auf 11,4 Proz. und in Peterswaldau auf 15,2 Proz.! Bei einer Erhebung in den Peterswaldauer Schulen 1927 wurde festgestellt: von 715 Kindern kamen 31 ohne erstes Frühstück in die Schule, 55 ohne zweites Frühstück, 24 ohne erstes und zweites Frühstück. 32 hatten kein Mittagessen, 2 hatten kein Hemd an, 46 hatten stark zerrissenes oder unzureichendes Schuhwerk. Ueber die Schlafverhältnisse wurde festgestellt: 262 Kinder mußten ihr Bett mit noch einer Person teilen, 16 mit 2, 1 Kind mit mehr als 2 Personen. Nur 309 Kinder waren gut ernährt, 257 mittelmäßig und 142 schlecht. (Vergessen wir nicht die Baumrinde und das Strohmehl.)

Und diesen Kindern und ihren langsam absterbenden Eltern haben die Herren Gewerkschaftsbesitzer ihre Sympathie erklärt. Und den Schlichter haben sie gebeten, daß er den Lohnabzug verhindern möge!

Wie vorzüglich haben es sich doch die Arbeiter eingerichtet, daß sie sich in Gewerkschaften organisiert haben! Sie bekommen, falls sie vom Kapital auf die Straße gesetzt werden oder an Schwindsucht sterben, von ihrem „Beirat" die Sympathie ausgedrückt.

Friedrich Engels Rede über Karl Marx

(Schluß.)

Der Fall der Pariser Kommune brachte die Internationale in eine unmögliche Lage. Sie wurde in den Vordergrund der europäischen Geschichte gedrängt, in einem Augenblick, wo ihr die Möglichkeit aller erfolgreichen praktischen Aktion überhaupt abgeschnitten war. Die Ereignisse, die sie zur siebenten Großmacht erhoben, verboten ihr gleichzeitig, ihre Streitkräfte mobil zu machen und tätig zu verwenden, bei Strafe der unfehlbaren Niederlage und Zurückdämmung der Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte. Dazu drängten sich von verschiedenen Seiten Elemente vor, die den so plötzlich gewachsenen Ruf der Assoziation zu Zwecken persönlicher Eitelkeit oder persönlichen Ehrgeizes auszubeuten versuchten, ohne Einsicht in die wirkliche Lage der Internationale oder ohne Rücksicht darauf. Es mußte ein heroischer Entschluß gefaßt werden, und es war wieder Marx, der ihn faßte und auf dem Haager Kongreß durchführte. Die Internationale wurde sich durch einen feierlichen Beschluß von jeder Verantwortlichkeit los für das Treiben der Bakunisten, die den Mittelpunkt jener unverständlichen und unsauberen Elemente bildeten; dann, angesichts der Unmöglichkeit, gegenüber der allgemeinen Reaktion auch den an sie gestellten, gesteigerten Forderungen zu entsprechen und ihre volle Wirksamkeit anders aufrechtzuerhalten als durch eine Reihe von Opfern, an denen die Arbeiterbewegung hätte verbluten müssen — angesichts dieser Lage zog sich die Internationale vorläufig von der Bühne zurück, indem sie den Generalrat nach Amerika verlegte. Die Folge hat bewiesen, wie richtig dieser — damals und seitdem oft getadelte — Beschluß war. Einerseits war und blieb allen Versuchen die Spitze abgebrochen, auf den Namen der Internationale hin Putsche zu machen, und andererseits aber bewies der fortdauernde innige Verkehr zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder, daß das durch die Internationale geweckte Bewußtsein der Interessengleichheit und der Solidarität des Proletariats aller Länder sich zur Genüge zu bringen weiß, auch ohne das für den Augenblick zur Fessel gewordene Band einer förmlichen internationalen Assoziation.

Den Haager Kongreß fand Marx endlich wieder Ruhe und Muße, seine theoretischen Arbeiten wieder aufzunehmen, und wird er hoffentlich in nicht gar zu langer Zeit den zweiten Band des „Kapital" dem Druck übergeben können. (Es sei nochmals betont, daß Engels diesen Artikel bei Marx Lebzeiten, 1878, schrieb. Die Redaktion.)

Von den vielen wichtigen Entdeckungen, mit denen Marx seinen Namen in die Geschichte der Wissenschaft eingeschrieben hat, können wir hier nur zwei hervorheben. Die erste ist die durch ihn vollzogene Umwälzung in der gesamten Auffassung der Weltgeschichte. Die ganze bisherige Geschichtsanschauung beruhte auf der Vorstellung, daß die letzten Gründe aller geschichtlichen Veränderungen zu suchen sind in den sich verändernden Ideen der Menschen, und daß von allen geschichtlichen Veränderungen wieder die politischen die wichtigsten, die ganze Geschichte beherrschenden sind. Woher aber den Menschen die Ideen kommen und welches die treibenden Ursachen der politischen Veränderungen sind, danach hatte man nicht gefragt. Nur der neueren Schule der französischen und teilweise auch der englischen Geschichtsschreiber hatte sich die Ueberzeugung aufgedrängt, wenigstens seit dem Mittelalter sei die treibende Kraft in der europäischen Geschichte der Kampf des sich entwickelnden Bürgertums mit dem Feudaladel um die gesellschaftliche und politische Herrschaft. Marx wies nun nach, daß die ganze bisherige Geschichte, soweit sie Geschichte von Klassenkämpfen ist, daß es sich in all den vielfachen und verwickelten politischen Kämpfen nur um die gesellschaftliche und politische Herrschaft von Gesellschaftsklassen handelt, um die Behauptung der Herrschaft seitens der bereits herrschenden Klassen und um die Eroberung der Herrschaft seitens neuemporkommender Klassen. Wodurch aber entstehen und bestehen wieder diese Klassen? Durch die jedesmaligen materiellen, grobsinnlichen Bedingungen, unter denen die Gesellschaft zu einer gegebenen Zeit ihren Lebensunterhalt produziert und austauscht. Die Feudalherrschaft des Mittelalters beruhte auf der selbstgenügsamen, fast alle ihre Bedürfnisse selbst erzeugenden, fast austauschlosen Wirtschaft kleiner Bauerngemeinden, denen der strichtbare Adel nach außen und nationalen oder doch politischen Zusammenhang verlieh; als die Städte undt mit ihnen eine gesonderte Handwerksindustrie und ein erst binnenländischer, später internationaler Handelsverkehr aufkamen, entwickelte sich das städtische Bürgertum und eroberte sich in Kampfe mit dem Adel noch im Mittelalter seine Einfügung als ebenfalls bevorrechteter Stand in die Feudalordnung. Aber mit der Entdeckung der außereuropäischen Erde von der Mitte des 15. Jahrhunderts an erhielt das Bürgertum ein weit umfassenderes Handelsgebiet und damit einen neuen Sporn für seine Industrie. Das Handwerk wurde in den wichtigsten Zweigen verdrängt durch die schon fabrikmäßige Manufaktur und diese wieder durch die mit dem Dampfmaschine, möglich gewordene Großindustrie, die wieder auf den Handel zurückwirkte, indem sie in zurückgebliebenen Ländern die alte Handarbeit verdrängte und in den Ländern entwickelten die gegenwärtigen neuen Verkehrsmittel, Dampfmaschinen, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen schuf. So vereinigte das Bürgertum mehr und mehr die gesellschaftlichen Reichtümer und die gesellschaftliche Macht in seiner Hand, während es noch lange Zeit in den Händen des Adels und des an den Adel gestützten Königstum befindlichen politischen Macht ausgeschlossen blieb. Aber auf gewisser Stufe — in Frankreich seit der großen Revolution — eroberte es auch diese und wurde nun seinerseits herrschende Klasse gegenüber dem Proletariat und den Kleinbauern. Von diesem Gesichtspunkte aus erklären sich alle geschichtlichen Erscheinungen — bei genügender Kenntnis der jedesmaligen ökonomischen Gesellschaftslage, die freilich unseren Geschichtsschreibern vielfach total abgeht — auf das einfachste, und ebenso erklären sich höchst einfach die Vorstellungen und Ideen einer jeden Geschichtsperiode aus den wirtschaftlichen Lebensbedingungen und den sich verändernden Gesellschaftsverhältnissen dieser Periode. Die Geschichte war zum ersten Male auf ihre wirkliche Grundlage gestellt; die handgreifliche, aber bisher total übersehene Tatsache, daß die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also arbeiten müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. reiben können — dieses handgreifliche Tatsache kam jetzt endlich zu ihrem geschichtlichen Recht.

Für die sozialistische Auffassung aber war diese neue Auffassung der Geschichte von der höchsten Bedeutung. Sie wies nach, daß alle bisherige Geschichte sich in Klassengegensätzen und Klassenkämpfen bewegt, daß es immer Klassen gegeben hat beherrschte, ausbeutende und ausgebeutete Klassen gegeben hat und daß die große Mehrzahl der Menschen stets zu harter Arbeit und wenig Genuß verurteilt war. Warum dies? Einfach deshalb, weil auf allen früheren Entwicklungsstufen der Menschheit die Produktion noch so niedrig stand, daß die geschichtlich herrschende Klasse nur in dieser gegenständlichen Form vor sich zur Vorausetzung das Dasein zweier Gesellschaftsklassen: einerseits der Kapitalisten, und andererseits der Proletarier, die von ihrem Teile ausgeschlossen, nur eine einzige Ware zu verkaufen haben: ihre Arbeitskraft. Der Wert einer Ware wird aber bestimmt durch die in ihrer Erzeugung, also auch in ihrer Wiedererzeugung verkörperte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich durchschnittlichen Menschen während eines Tages, Monats, Jahres, also durch die Menge von Arbeit, die in der zur Erhaltung dieser Arbeitskraft während eines Tages, Monats, Jahres notwendige Menge von Lebensmitteln ausgeschlossen ist. Der Arbeiter empfängt für sein Arbeitsprodukt, die von ihm an diesem Tag erforderten sechs Arbeitsstunden zu ihrer Erzeugung, oder, was dasselbe ist, die in ihnen enthaltene Arbeit repräsentiere eine Arbeitsmenge von 6 Stunden; dann wird der Wert der Arbeitskraft für einen Tag sich ausdrücken in einer Geldsumme, die ebenfalls 6 Arbeitsstunden darstellt. Nehmen wir ferner an, der Kapitalist, der unseren Arbeiter beschäftigt, zahle ihm dafür diese Summe, also den vollen Wert seiner Arbeitskraft. Wenn nun der Arbeiter sechs Stunden des Tages für den Kapitalisten arbeitet, so hat er diesem seine Auslagen vollständig wieder ersetzt — 6 Stunden Arbeit für 6 Stunden Arbeit. Dabei fiele freilich nichts ab für den Kapitalisten, und dieser hält deshalb auch die Sache ganz anders auf: Ich habe, sagt er, die Arbeitskraft dieses Arbeiters nicht für 6 Stunden, sondern für einen ganzen Tag gekauft, und demgemäß läßt er den Arbeiter, je nach Umständen 8, 10, 12, 14 und mehr Stunden arbeiten, so daß das Produkt der 7, 8, und folgenden Stunden, ein Produkt unbezahlter Arbeit ist und zunächst in die Tasche des Kapitalisten wandert. So erzeugt der Arbeiter im Dienste des Kapitalisten nicht nur den Wert seiner Arbeitskraft wieder, sondern er erzeugt auch darüber hinaus einen Mehrwert, der zunächst vom Kapitalisten angeeignet, im weiteren Verlaufe nach bestimmten ökonomischen Gesetzen auf die gesamte Kapitalistenklasse sich verteilt und den Grundstock bildet, aus dem Bodenrente, Profit, Kapitalanhäufung, kurz, alle von den nichtbesitzenden Klassen verzehrte oder aufgehäuften Reichtümer entspringen. Hiermit wa aber nachgewiesen, daß die Reichtumserwerbung der heutigen Kapitalisten ebensogut in der Aneignung von fremder, unbezahlter Arbeit besteht, wie die der Sklavenhalter oder der die Fronarbeit ausbeutenden Feudalherren, und daß sich alle diese Formen der Ausbeutung nur unterscheiden durch die verschiedene Art und Weise, in der die unbezahlte Arbeit angeeignet wird, damit war aber auch allen heuchlerischen Redezarten der besitzenden Klassen, als herrsche in der jetzigen Gesellschaftsordnung Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit der Recht und Pflichten und allgemeine Harmonie der Interessen, der letzte Boden unter den Füßen weggezogen, und die heutige bürgerliche Gesellschaft nicht minder als ihre Vorgängerin hen enthüllt als eine grobartige Anstalt zur Ausbeutung der eingeborenen Mehrzahl des Volkes durch eine geringe und immer kleiner werdende Minderheit.

Auf diesen beiden wichtigen Tatsachen gründet sich die moderne wissenschaftliche Sozialismus. Im zweiten Bande des Kapitals werden diese und andere kaum minder wichtige wissenschaftlichen Entdeckungen des kritischen Geschichtssystems weiter entwickelt und damit auch die innersten Bandnoch nicht berührten Seiten der politischen Oekonomie eine Umwälzung unterworfen. Möge es Marx gestattet sein, ihn bald dem Drucke übergeben zu können. — (Geschrieben 1878.)

Politische Rundschau

Der Justizmord an Jakubowski

Wer ist der Schuldige?

Die Beweisaufnahme im Falle Jakubowski-Nogens-Kreuzfeld ist geschlossen, das Urteil zur Zeit der Drucklegung der Zeitung noch nicht fällig. Der Staatsanwalt Weber, der im ersten Jakubowski-Prozeß Untersuchungsrichter war, sind sein „Schuldig" bewirkte, hält an einer Mitschuld Jakubowskis fest. Er beantragt gegen August Nogens die Todesstrafe, gegen Fritz Nogens 2½ Jahre Gefängnis, gegen Frau Kahler-Nogens 5 Jahre Zuchthaus, gegen Blöcker 3 Jahre Zuchthaus. Wie wird es ausfallen? Soviel ist sicher, auch wenn die Richter von der Schuld der oder eines der jetzigen Angeklagten überzeugt sein werden, ein Todesurteil wird es nicht. Der Fall Jakubowski schreckt.

Soviel ist sicher, das Urteil gegen Jakubowski war ein Fehlurteil, die Hinrichtung ein Justizmord im bürgerlich-juristischen Sinne. Von all den vielen „rechtlichen" — Eigenheiten der kapitalistischen Justiz der letzten Jahre war der Fall Jakubowski der skandalöseste. Der Staatsanwalt, Müller heißt der Ehrenwerte, sagte zu August Nogens, der den Mord eingestanden hat: „Wie konnten Sie die Tat zugeben, Sie waren doch gar nicht in Palingen?" „Wenn mein Alibi feststeht, kann mir ja nichts passieren," sagte dieser zum — Anwalt des Staates und widerfuft. Rechtsanwalt Koch, der Verteidiger Jakubowskis, der Münchener Kriminalist von Hentig, Landrat Dr. Foth, beeiden dem Müller das Gegenteil ins Gesicht, was dieser ihnen ins Gesicht beeidet. „Wie kann man soviel Aufhebens von einem Russen machen," aber so ähnlich doch, sagte der demokratische Minister Hustädt, ein früherer Richter, im Ullstein-Verlag.

Ja, wie kann man soviel Aufhebens machen, wo es sich um einen Proleten handelt, um einen Sachsengänger dazu. Einer war sicher der Mörder, oder mehrere oder alle der Angeklagten oder Zeugen des Originalprozesses Jakubowski. Sicher, denn der kleine Ewald ist tot, und der Jakubowski ist hin. Also lassen wir ihn als den Schuldigen gelten, denn es darf nicht gar so offensichtlich sein, daß der Kapitalismus angeklagt ist.

Der Kapitalismus. Insbesondere die Junker! Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind es, die den kleinen Ewald morden. Der Staat, das demokratische Vaterland der besitzenden Klasse. Trotz Riesenarbeitslosigkeit werden slawische Ausländer ins Land geholt, als Lohndrücker. Ihnen kann man es bieten, 10—12 Menschen in ein Loch zu pferchen, wo kein Junker sein Vieh unterbringen würde, weil die Versicherung die Entschädigung im Falle des Krepierens ablehnen würde. Ihnen kann man eine Ausbeutung zumuten, die kein Junker seinen Pferden und Ochsen zumuten würde. Sie kann man behandeln, wie man kein Tier behandeln würde, weil es Geld kostet. Die Schnitter bekommt man umsonst, nur paarig müssen sie sein, ein Mäher und eine Binderin. Da nun aber das junge Menschenmaterial, das durch das Elend bei den polnischen Schlachzizen vertrieben wird, noch nicht gepaart ist, werden sie eben bei den vermittelnden Menschenhändlern zusammengetan. Folgen dieser Paarung, „Mutterglück", darf es nicht geben. Denn das bedeutet Schande für das Mädchen und mit der Sachsengängerei, mit dem „Glück in der Fremde" ist es vorbei. Ein Kind bedeutet soviel wie der sichere Hungertod. Paare mit Kindern beschäftigt kein Junker. Was ist zu tun? Ja, es bestehen Abtreibungsmittel, und Hermann bei der Sachsengängerei wird in den Junker-Dorados nun gerade aloht erzeugt.

Das alles wissen unsere Richter, wußte Staatsanwalt Müller, wußte Untersuchungsrichter Weber. Es war der Jakubowskis „unehelicher" Sohn, der kleine Ewald. Also was ist für die Justizbeamten Justiz näher, als daß er der Mörder war.

Das fluchbeladene kapitalistische System hat Vater und Sohn ermordet. Es wird andere Proletarier morden, bis sich die Proletarier zusammentun und das kapitalistische System morden.

Der Aegyptische Fuad in Berlin

Berlin hat wieder seinen Rummel. König Fuad Nr. 1 aus Aegypten ist da. Die Leute, die überall dabei sind, ob es sich um Kanalschwimmer, Wettläufer, Preisboxer oder um einen „elsernen Gustav" handelt, gaben ihm einen ebenso begeisterten Empfang. Die Stadt Berlin ist wieder lebendig geworden. Man trauert um die fürstlichen Geschenke (aus Arbeiter-Steuern), die dem Amanullah gemacht wurden, obwohl die Davonjagung Fuads noch nicht auf der Tagesordnung steht. Deshalb erhielt der Fuad nur eine Mappe zeitlich zu ausgehen.

Der Fuad ist „König" von Aegypten von den englischen Kapitals Gnaden. Er bekam seinen Posten durch eine Proklamation Lloyd Georges Anfang 1922, nachdem die aegyptische Unabhängigkeitsbewegung durch die englische Soldateska niedergeschlagen war. Fuad war früher selbst ein Rebell und wurde von der englischen Regierung gekauft. Er ist eine rechtlose Strohpuppe, eine Dekoration der englischen Exporteure.

Als 1914 die Türkei mit den Mittelmächten ging, sprach England die Aberkennung der 300 Jahre alten Oberhoheit der Türkei über Aegypten aus und versprach dem Lande im Falle Englands Sieges die Unabhängigkeit. Das Volk, das zu 95 Prozent aus bluttarmen ausgemergelten landlosen Bewohnern besteht, war mißtrauisch, denn England führte trotz der türkischen Oberhoheit seit fast 50 Jahren ein Henkersregiment in Aegypten. Fuad ward schon 1914 so etwas wie König, der englische Militarismus wagte aber nicht, ihm auch nur eine Scheinfunktion zu geben. Der ganze Krieg war eine endlose Kette von Aufständen und Rebellionen. Als 1919 eine aegyptische Kommission die englische Regierung in London an seine Versprechung von 1914 erinnern wollte, wurde sie festgenommen und in der Festung Malta eingesperrt. 1922 dann, als die Gefahr der ägyptischen Verselbständigung niedergeschlagen war, proklamierte Lloyd George die „Unabhängigkeit" Aegyptens. Es war dies die Gelegenheit, wo der Renegat Fuad „König" wurde. Er ist das Werkzeug der englischen Regierung im Auftrage des englischen in Aegypten arbeitenden Finanzkapitals und der wenigen, ganz Aegypten formell besitzenden kleinen Kaste von Landmagnaten.

Diese Landmagnaten haben ihre Aecker verpachtet und führen ein arbeitsloses Drohendasein. Die englische Soldateska hält die ausgebeuteten Pächter in Schach, der Fuad ist ihr Werkzeug.

Das Sein und Nichtsein der ägyptischen Bevölkerung ist abhängig von der Berieselung durch den Nil. Dieser entspringt und hat seinen unteren Lauf im Sudan, den England besetzt hält. Bei Auflehnung der ägyptischen Bevölkerung kann England Aegypten ganz einfach das Wasser ableiten und die Katastrophe, das Hungersterben ist da. Ueber dem Ganzen ist der Fuad mit einem Talmischmuck und unechtem Flitter „König".

So ist es verständlich, daß die Sozialdemokratie beim Empfang Fuads durch Lortzmann Müller, Löbe usw. vertreten war und die Stadt Berlin durch ihren Oberbürgermeister, neben dem Polizeipräsidenten und sonstigen Honoratioren. Denn es dreht sich um eine Aktion gegen die ausgeplünderten ägyptischen Proletarier und eine Sympathiekundgebung für das englische Kapital.

Betrachtet man den Fuad aber als Bourgeois, wenn auch nur als bourgeoisen Hauptnaecht Sir Alfred Monds, des englischen Industrie- und Finanzmagnaten, dann allerdings erscheint er einem als Charakter turmhoch über unseren regierenden „Arbeiterführern". Während die Hermann Müller, Löbe, Zörgiebel und ähnliche Leute vor dem Fuad am Lehrter Bahnhof Bücklinge machten . . . doch geben wir dem „Vorwärts" vom 13. Juni das Wort:

Haifa, 12. Juni. (Eigenbericht.) Die ägyptische Regierung hat die Einreise des SPD.-Korrespondenten in Palästina nach Aegypten nunmehr entgegen ihrer anfänglichen Zusage endgültig abgelehnt. Die Vereinigung der Auslandskorrespondenten in Palästina hat gegen das Verhalten der aegyptischen Regierung bereits scharfen Protest eingelegt.

Der Mann weiß, wie man Lakaien behandelt.

Wo bleiben die Zigarettensteuern?

Herr Hilferding hat Monate hindurch krampfhaft nach neuen Steuern gesucht und sie endlich in der Belastung der breiten Massen gefunden. Wohl zahlt das Proletariat alle Steuern und Abgaben, auch die des Kapitals. Denn es ist der Arbeiter, der das Kapital zu Geld kommt und sich dies von seinem Arbeitsertrage kürzen lassen. Selten gibt es Gelegenheiten, wo die Steuerbehörde bei fertig gebildeten Kapitalen, d.h. aufgestapelten Profiten, also bei akkumulierten Arbeitsprodukten zupacken kann. Eine solche Gelegenheit bot sich vorgroschen zupacken kann. Eine solche Gelegenheit bot sich vorlängst, als die beiden größten deutschen Zigarettenkonzerne Reemstma und Haus Neuerburg fast die gesamte deutsche Zigarettenindustrie zu einem einzigen Trust zusammenschweißten, der jetzt mit der Herstellung von 85 Prozent des deutschen Zigarettenbedarfs tatsächlich das Monopol in Deutschland hat.

Wir denken hier nicht an Beschlagnahmen. Das Reich, d. h. Herr Hilferding, hätte hier die Pflicht gehabt, die Riesensummen seitens der Zigarettenindustrie dem Reich geschuldeter Banderolensteuern wenigstens zum Teil hereinzubekommen zu versuchen. Wir haben an dieser Stelle kürzlich die Zigarettenindustrie ausführlich behandelt und an diese Ausführungen auch die Bemerkung geknüpft, daß das Reich durch seine Steuerpolitik die kleineren Zigarettenfabriken den Großen und die Großen der Reemstma in die Fangarme gejagt hat. Da die Sozialdemokratie an diese Steuerpolitik der Bürgerblockregierung im Auftrage des englischen in Aegypten arbeitenden Finanzkapitals und der wenigen, ganz Aegypten formell besitzenden kleinen Kaste von Landmagnaten.

Die Methoden, die Schwarzen zur Arbeit zu pressen, übersteigen selbst noch die Fangmethoden der sel. Fugger. Den Negern werden die Felder vernichtet und das Vieh gestohlen, um sie so durch Hunger gefügig zu machen. Hätte man doch erwarten immerhin die kritische Sonntagsnummer des „Vorwärts" sollen, daß sie jetzt, da sie die Macht im Reiche hat, ihren Parteigenossen Hilferding beauftragt hätte, einige Dutzende von Millionen von den Zigarettenkönigen regelrecht unterschlagener Banderolensteuern zurückzuerlangen.

Die Sozialdemokratie hat aber nur ihren Abg. Meier-Baden beauftragt, im Reichshaushaltsausschuß einige Fragen zu stellen, welche Aufgabe sich dieser Herr denn auch mit der Miene des Biedermannes entledigte. Immerhin erfahren wir hierbei, daß alleine die von Reemstma geramschte und stillgelegte Batschari-Baden-Baden nicht weniger als 10—11 Millionen Mark Banderolensteuern an das Reich schulde, die Herr Meier als verloren betrachtet. Die Reemstma insgesamt schuldet dem Reich rund 60 Millionen Mark Banderolensteuern, wie Hilferdings Ministerialdirektor Ernst Herrn Meier antwortete. Die Herren hätten sich die Fragen auch am Weintisch beantworten können, aber es macht sich schöner, wenn so etwas in den „Vorwärts" kommt und die Sozialdemokratie dabei noch als Verfechter von Arbeiterinteressen auftreten kann.

Die Reemstma hat unlängst Dutzende von Millionen Mark an die Vorbesitzer der Fabriken ausgezahlt und steckt jetzt die Riesensummen ein, die bisher für den Konkurrenzkampf in die Luft gepufft wurden. Außerdem hat sie die Preise erhöht und die Händlergewinne gekürzt, und außerdem pumpt sie die Banderolen weiter, von — Herrn Hilferding, der so krampfhaft monatelang nach neuen Steuern suchte. — Herr Meier brachte da noch zur Sprache, daß die Reemstma weiter noch „vom Reich" 800 000 Mark zu Unrecht erhalten hätte. Das „Reich" aber ist gegenwärtig Herr Hilferding, der diese Maßnahmen nur im Einverständnis mit der SPD. treffen kann.

Wie würden Hilferdings Steuerbehörden etwa mit einem Proletarier umspringen, der es fertig brächte, das Reich um seine Lohnsteuer zu prellen? Oder etwa mit einem kleinen Pintscher, der die Krankenkassenbeiträge für seinen Gehilfen nicht ablieferte oder die Umsatzsteuern für sich behielte? — Das Reichsbranntweinmonopol bringt dem Reiche keinen Pfennig, denn privater Zigarettenmonopol setzt es zu. Dort schützen alles die Junker, hier Industriekönige. Einst unter der Bürgerblockregierung lief die Sozialdemokratie Sturm gegen die Höhe der Lohnsteuern, als sie selbst an die Regierung kam, verteidigte sie sie mit den Argumenten der Bürgerblockregierung. Doppelzüngigkeit wie beim Panzerkreuzer. Werden die Arbeiter endlich mal begreifen, daß sie das Trittbrett von Spielern sind?

Soeben wird der Geschäftsbericht der Reemstma für 1928 bekannt, d. h. für das letzte Jahr vor dem großen Fischzug. Es werden, wie im Vorjahre, wieder 10 Prozent Dividende verteilt. Auf Umwegen kann man berechnen, daß der Jahresumsatz 400 Millionen Mark betrug. Aus dem Konto Rabatte und Provisionen kann man schließen, daß der Profit doppelt so hoch gewesen sein muß wie im Jahre zuvor. Die Profite sind zum Aufkauf der Konkurrenz verwendet. Und da läßt Herr Hilferding seinen Ernst dem Reichshaushaltsausschuß sagen, man müsse der Gesellschaft eine gewisse Uebergangszeit gewähren!

Wie gut ist es doch, daß die deutschen Arbeiter ihre sozialdemokratischen Minister haben.

Kolonialverbrechen in Afrika

Gewaltsame Ausrottung der Eingeborenen.

Um den kolonialen Schandtaten an der farbigen Bevölkerung Afrikas einen Schimmer von Berechtigung zu geben, hat die kapitalistische Presse zu allen Zeiten das Märchen von den Menschenfressern verbreitet. Die fortgeschrittene Arbeiterschaft ist nun darüber im Zweifel gewesen, daß der europäische Kapitalismus es ist, der die Menschen in Afrika frißt. Die Greuel von einst, die Greuel des „alten Systems" werden aber heute, im demokratischen Zeitalter, womöglich noch auf die Spitze getrieben.

Im französischen Kongogebiet baut z. B. die Batignolles-Gesellschaft überflüssigerweise eine zweite Eisenbahn von Brazzaville am Kongostrom nach der Küste neben die nur sehr mäßig beschäftigte bestehende, um dieser Konkurrenz zu machen. Der französische Kapitalismus kann sich diesen Witz erlauben, da die bauende Gesellschaft die Maschinen und Materialien von Deutschland auf Reparationskonto bekommt. Die Ausbeutungsmethoden an der Eingeborenenbevölkerung, die bei diesem Bahnbau herrschen, übersteigen alles, was das Menschenhirn nur fassen kann. Sie schreien dermaßen zum Himmel, daß sich die französischen Zeitungen immer mehr damit befassen, und sich sogar der Temps, das scharfmacherische Regierungsorgan, einer Kritik nicht enthalten kann. René Maran, ein schwarzer Schriftsteller, keineswegs ein Sozialist, berechnet im „Journal du Peuple", daß jeder Kilometer (von den 450) 650 000 Franken (etwa 120 000 Mark) und 2000 Menschenleben an, kostet.

Die Methoden, die Schwarzen zur Arbeit zu pressen, übersteigen selbst noch die Fangmethoden der sel. Fugger. Den Negern werden die Felder vernichtet und das Vieh gestohlen, um sie so durch Hunger gefügig zu machen. Hätte man doch erwarten immerhin die kritische Sonntagsnummer des „Vorwärts" sollen, daß sie jetzt, da sie die Macht im Reiche hat, ihren Parteigenossen Hilferding beauftragt hätte, einige Dutzende von Millionen von den Zigarettenkönigen regelrecht unterschlagener Banderolensteuern zurückzuerlangen.

Die Sozialdemokratie hat aber nur ihren Abg. Meier-Baden beauftragt, im Reichshaushaltsausschuß einige Fragen zu stellen, welche Aufgabe sich dieser Herr denn auch mit der Miene des Biedermannes entledigte. Immerhin erfahren wir hierbei, daß alleine die von Reemstma geramschte und stillgelegte Batschari-Baden-Baden nicht weniger als 10—11 Millionen Mark Banderolensteuern an das Reich schulde, die Herr Meier als verloren betrachtet. Die Reemstma insgesamt schuldet dem Reich rund 60 Millionen Mark Banderolensteuern, wie Hilferdings Ministerialdirektor Ernst Herrn Meier antwortete. Die Herren hätten sich die Fragen auch am Weintisch beantworten können, aber es macht sich schöner, wenn so etwas in den „Vorwärts" kommt und die Sozialdemokratie dabei noch als Verfechter von Arbeiterinteressen auftreten kann.

Die Reemstma hat unlängst Dutzende von Millionen Mark an die Vorbesitzer der Fabriken ausgezahlt und steckt jetzt die Riesensummen ein, die bisher für den Konkurrenzkampf in die Luft gepufft wurden. Außerdem hat sie die Preise erhöht und die Händlergewinne gekürzt, und außerdem pumpt sie die Banderolen weiter, von — Herrn Hilferding, der so krampfhaft monatelang nach neuen Steuern suchte. — Herr Meier brachte da noch zur Sprache, daß die Reemstma weiter noch „vom Reich" 800 000 Mark zu Unrecht erhalten hätte. Das „Reich" aber ist gegenwärtig Herr Hilferding, der diese Maßnahmen nur im Einverständnis mit der SPD. treffen kann.

Wie würden Hilferdings Steuerbehörden etwa mit einem Proletarier umspringen, der es fertig brächte, das Reich um seine Lohnsteuer zu prellen? Oder etwa mit einem kleinen Pintscher, der die Krankenkassenbeiträge für seinen Gehilfen nicht ablieferte oder die Umsatzsteuern für sich behielte? — Das Reichsbranntweinmonopol bringt dem Reiche keinen Pfennig, denn privater Zigarettenmonopol setzt es zu. Dort schützen alles die Junker, hier Industriekönige. Einst unter der Bürgerblockregierung lief die Sozialdemokratie Sturm gegen die Höhe der Lohnsteuern, als sie selbst an die Regierung kam, verteidigte sie sie mit den Argumenten der Bürgerblockregierung. Doppelzüngigkeit wie beim Panzerkreuzer. Werden die Arbeiter endlich mal begreifen, daß sie das Trittbrett von Spielern sind?

Soeben wird der Geschäftsbericht der Reemstma für 1928 bekannt, d. h. für das letzte Jahr vor dem großen Fischzug. Es werden, wie im Vorjahre, wieder 10 Prozent Dividende verteilt. Auf Umwegen kann man berechnen, daß der Jahresumsatz 400 Millionen Mark betrug. Aus dem Konto Rabatte und Provisionen kann man schließen, daß der Profit doppelt so hoch gewesen sein muß wie im Jahre zuvor. Die Profite sind zum Aufkauf der Konkurrenz verwendet. Und da läßt Herr Hilferding seinen Ernst dem Reichshaushaltsausschuß sagen, man müsse der Gesellschaft eine gewisse Uebergangszeit gewähren!

Wie gut ist es doch, daß die deutschen Arbeiter ihre sozialdemokratischen Minister haben.

Kolonialverbrechen in Afrika

Gewaltsame Ausrottung der Eingeborenen.

Um den kolonialen Schandtaten an der farbigen Bevölkerung Afrikas einen Schimmer von Berechtigung zu geben, hat die kapitalistische Presse zu allen Zeiten das Märchen von den Menschenfressern verbreitet. Die fortgeschrittene Arbeiterschaft ist nun darüber im Zweifel gewesen, daß der europäische Kapitalismus es ist, der die Menschen in Afrika frißt. Die Greuel von einst, die Greuel des „alten Systems" werden aber heute, im demokratischen Zeitalter, womöglich noch auf die Spitze getrieben.

Im französischen Kongogebiet baut z. B. die Batignolles-Gesellschaft überflüssigerweise eine zweite Eisenbahn von Brazzaville am Kongostrom nach der Küste neben die nur sehr mäßig beschäftigte bestehende, um dieser Konkurrenz zu machen. Der französische Kapitalismus kann sich diesen Witz erlauben, da die bauende Gesellschaft die Maschinen und Materialien von Deutschland auf Reparationskonto bekommt. Die Ausbeutungsmethoden an der Eingeborenenbevölkerung, die bei diesem Bahnbau herrschen, übersteigen alles, was das Menschenhirn nur fassen kann. Sie schreien dermaßen zum Himmel, daß sich die französischen Zeitungen immer mehr damit befassen, und sich sogar der Temps, das

Tschechoslowakei

Präsident Masaryk

ein treuer Knecht der tschechoslowakischen Imperialisten.

Die Zeitschrift „Nase vojsko" („Unsere Armee") veröffentlicht den Inhalt eines Gespräches, das Präsident Masaryk bei der militärischen Rezeption, die an seinem Geburtstag stattfand, mit den Redakteuren dieser Zeitschrift führte. Der Präsident äußerte sich gegen das Mißtrauen, das in manchen Kreisen noch immer gegen die Armee herrsche.

Dieses sehr berechtigte Mißtrauen gegen die Armee, das die revolutionäre Arbeiterschaft hegt, lieber „Humanist Masaryk", wird durch Ihre Geburtstagsrede, in der sie unter anderem folgendes ausführten, nur noch verstärkt:

„Ein Mensch kann noch so friedliebend sein, wenn aber jemand gewalttätig gegen ihn losgeht, ergibt er sich nicht. So verhält es sich auch mit einer ganzen Nation. Der Einzelne und das Volk müssen sich immer konsequent wehren. Unsere Position gebietet uns, eine gute Armee zu haben, damit wir uns nicht ergeben müssen. Wir müssen ständig und immer zur Abwehr bereit sein."

Ei, ei, ist das nicht fein gesponnene Vorbereitung der künftigen Kriegslügen, vom Verteidigungskrieg?

Wir revolutionären Arbeiter lassen uns aber nicht täuschen, unsere Aufgabe ist es, der Arbeiterschaft aufzuzeigen, daß die Interessen des tschechoslowakischen Kapitalismus nicht auf den Verzicht der Expansion, sondern auf erhöhte Tendenz zur Expansion, auf erhöhte imperialistische Bestrebungen gerichtet sind. Der immer größere Kapitalexport der tschechoslowakischen Republik ist ein Beweis dafür, daß der imperialistische Charakter der ganzen tschechoslowakischen Bourgeoisie sich im erhöhten Maße gesteigert hat. (In den letzten Tagen erst wurden seitens tschechoslowakischer Großbanken an die österreichische Nationalbank Geldofferten zum Satze von 7 Proz gestellt.)

Diese imperialistischen Bestrebungen führen zu den ungeheueren Vorbereitungen für den kommenden Krieg. Der Konzentrationsprozeß innerhalb der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie schreitet immer weiter vorwärts. Bei Skoda in Pilsen waren 1927 — 24 000 Arbeiter beschäftigt, heute dagegen schon 35 000. Skoda hat eine Verbindung mit der Waffenfabrik in Brünn hergestellt, ferner sind die großen Werke Laurin und Klement den Skodawerken angeschlossen worden. Mit der Kolben A.-G. in Prag fanden weitere Verhandlungen statt, deren Zweck darin besteht, die Produktion von Automobilen rationeller zu gestalten, die natürlich später noch durch die Produktion von Tanks ergänzt werden. Die Direktion der chemischen Fabrik in Aussig wurde nach Prag verlegt, doch natürlich nur zu dem Zwecke, damit das Kriegsministerium imstande ist, eine Zengere Verbindung mit diesem für die Kriegsindustrie so außerordentlich wichtigen Betrieb herzustellen. Die Glanzstoffabrik in Lobositz kann innerhalb von wenigen Tagen auf die Erzeugung von Sprengstoffen umgestellt werden. In den Mannesmannwerken in Komotau ist es möglich, die dort befindlichen Drehbänke auf die Erzeugung von Granaten umzustellen. Die ser Betrieb lieferte schon während des Weltkrieges viele Hunderttausende von Granaten. In den Kupferwerken in Pömmerle bei Aussig kann Material für Zehntausende von Führungsringen für die Artillerie hergestellt werden.

Nach der „Pr.Pr." wird damit gerechnet, daß das Nationalverteidigungsministerium neue 80 Millionen Kc im Staatsvoranschlag für 1930 anfordern wird, um finanziell die Gesetzesnovelle über die längerdienenden Unteroffiziere zu fundieren.

Man versucht, außer dem dienstpflichtigen Heer noch ein Berufsheer zu bilden, ähnlich der Reichswehr in Deutschland, und dies geschieht eben durch eine bedeutende Erhöhung der Unteroffiziere und der Gagisten, für die man besondere Spezialkurse veranstaltet, um dann die Unteroffiziere zur Verstärkung der Gendarmerie in dasselbe einzubeziehen.

Dazu werden diese Gelder gebraucht, und auch der geplante Wohnungsfonds wird nichts anderes sein als ein Rüstungsfonds. Die vielen Millionen, die man in den Sozialversicherungsinstituten aus Arbeitergeldern ansammelt, werden im geeigneten Moment beschlagnahmt werden zum Zwecke der Kriegführung.

Weiter plant die Regierung des Bürgerblocks ein Gesetz, demzufolge nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen mit in den Militarisierungsprozeß einbezogen werden sollen. Das Kriegsministerium hat aber schon seit längerer Zeit auch die Absicht geäußert, die sogenannte vormilitärische Erziehung in den Schulen einzuführen. In den höheren Schulklassen sollen sogar Schießübungen eingeführt werden. In den Kasernen herrscht ein verschärfter Drill, dem auch die vielen Unglücksfälle zuzuschreiben sind, die sich in letzter Zeit bei militärischen Uebungen ereigneten, wie auch der Absturz von Militärflugzeugen.

Im Verlag des militär-chemischen Instituts sind aus der Feder tschechoslowakischer Offiziere eine Anzahl Broschüren über den Gaskrieg erschienen. Wir lesen darin z. B.:

„Die Anschauung, daß der Gaskrieg unhuman sei, ist durch die Ergebnisse der Statistik längst widerlegt. Die Sterblichkeit bei andern Kampfmitteln ist zehn- bis zwölfmal größer. Entweder stirbt der vom Gas Erfaßte oder er wird vollkommen geheilt. (Was gilt der herrschenden Klasse das Leben hunderttausender Proleten? — Sie sind das Menschenabschlachtn für ihre Interessen schon gewohnt, gilt es doch, nicht ihren eigenen Buckel zu Markte zu tragen.)

In den künftigen Kriegen würde das Gas selbst dann verwendet werden, wenn es auch ein unhumanes Kampfmittel wäre (als wenn es ein humanes wäre, ein herrliches Geständnis des tschechoslow. Militarismus für Führung des Gaskrieges); denn die Realität des letzten Krieges lehrt, daß die Rücksicht auf den Feind eine Sache untergeordneter Bedeutung ist, wenn der Krieg auf Leben und Tod geführt wird."

Welch herrliche Aussichten eröffnen sich da für die zukünftigen Schlachtopfer der tschechoslowakischen Bourgeoisie, und für diese grandiosen Zukunftsaussichten hält Herr Präsident Masaryk als treuer Knecht der tschechoslowakischen Imperialisten die Stange.

Doch dieser ungeheuer große Militärapparat dient nicht nur gegen den sogenannten äußeren Feind, sondern er soll auch gegen demonstrierende Arbeiter verwendet werden. Das geht deutlich und eindeutig daraus hervor, daß bei verschiedenen Truppen, insbesondere bei der Infanterie der tschechosl. Armee, Instruktionsstunden abgehalten werden, wo dem Soldat gelehrt wird, wie er gegen demonstrierende Arbeiter vorgehen muß. Es wird ihm in stundenlangen Uebungen erklärt, was insbesondere dann zu tun ist, wenn aus den Reihen der Demonstranten Steine geworfen werden. Im Falle von Steinwürfen ist dem Kommandanten vorgeschrieben, Gefechtsstellung zu befehlen, die Soldaten müssen das Bajonett aufpflanzen! Das Laden der Gewehre ist bereits während des Aufmarsches vorzunehmen, und zwar wird bei einem solchen Anlaß scharfe Munition verwendet. Jeder Soldat bekommt für diesen Zweck fünfzehn scharfe Patronen.

So sieht die wahre Fratze des tschechoslowakischen Militarismus aus, und diesen sowie auch jeden kommenden Krieg auf das schärfste zu bekämpfen, muß eine der wichtigsten Aufgaben des revolutionären Proletariats der Tschechoslowakei sein.

Unsere Losung: Krieg dem Kriege! Nieder mit dem Kapitalismus! Wir Proletarier sind vaterlandslose und nationslose Gesellen. Unser Vaterland wird sein das vereinigte Räte-Vaterland Europa!

Betrieb und Wirtschaft

Löhne und Leistung

In den Steinkohlenbergwerken Europas.

Das Internationale Arbeitsamt hat vor einiger Zeit eine Arbeit veröffentlicht, die insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist. Merkwürdig, sehr merkwürdig aber ist es, daß diese Arbeit von dem sonst doch so angebeteten demokratischen Institut weder von der sozialdemokratischen noch von der Gewerkschaftspresse in ihr gebührenden Weise gewürdigt worden ist. Es handlt sich nämlich um die nicht leichte Arbeit eines Vergleichs der Löhne und der Leistung der Steinkohlenbergwerksarbeiter sämtlicher Kohlen fördernder Länder Europas.

Wenn wir uns die Zahlen der folgenden Tabelle genau ansehen, werden wir die Ursache begreifen, weshalb diese „Arbeiterpresse" überr diese wichtige Arbeit ihren Lesern gegenüber Reserve bewahrt. Wir finden da nämlich, daß der deutsche Kumpel am meisten schuftet und am wenigsten verdient unter allen seinen europäischen Kollegen, abgesehen von dem kleinen Landwirtschaftsstaate Polen, wo die Bergwerke fast ausschließlich auf dem Lande gelegen sind, und wo jeder Bergarbeiter seinen Kohl und seine Kartoffeln selber baut. Ziehen wir dies mit in Betracht, und auch die Tatsache, daß der polnische Bergarbeiter für seinen um eine Kleinigkeit niedrigeren Lohn rund ein Fünftel weniger leistet, so ergibt sich nackt und brutal die Tatsache, daß der deutsche Bergarbeiter der billigste ist in der ganzen Welt. Kuli. Immer noch! Es betrug der

Durchschnittsverdienst der Arbeiter untertage.

	je Schicht	je Jahr	je*) Stunde	je*) Tonne	Leistung
Großbritannien	100	100	100	100	100
Niederlande	89	105	78	96	82
Belgien	73	82²)	51	100	48
Tschechoslawakei (Ostrau Karwin)	66¹)	69¹)	51¹)	61	88
Frankreich	66	78	52	83	59
Saargebiet	63¹)	76¹)³)	51¹)	73³)	71
Deutschland:					
Ruhrgebiet	66	75	64	68	100
Oberschlesien	53¹)	59¹)	43¹)	39¹)	126
Polen	54	55	41	41	101

*) reduziert auf Goldfranken;
¹) ohne Einrechnung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung;
²) Durchschnitt für alle Bergarbeiter, also für die über Tage eingeschlossen.
³) Die letzte Kolonne gibt die vergleichswise Leistungsenheit an. Es ergibt sich hier die Tatsache, daß in den Ländern mit den höheren Löhnen weniger geleistet wird, als in den Ländern mit niedrigen Löhnen. Es muß bemerkt werden, daß die Kolonne nicht die Menge geförderter Kohlen pro Zeiteinheit darstellt. Es sind alle technischen Vorteile und Sonderheiten berücksichtigt und die persönliche Arbeitsleistung ermittelt. In Deutsch-Oberschlesien hat also der Bergarbeiter die niedrigsten Löhne und die höchste Arbeitsleistung ganz Europas, also der ganzen Welt.

Die Statistik ist schon an sich die „angleichende Gerechtigkeit", indem England mit seiner hohen Anzahl dauernd arbeitsloser und demzufolge oft die Arbeit wechselnder Bergarbeiter als Indexmesser getommen ist. Bekanntlich hat das englische Zechenkapital seit Jahren das Bestreben, die Löhne abzubauen, indem es sich auf die deutschen Schundlöhne beruft. Die ständigen Plänkeleien zwischen Zechenherren und Bergarbeitern haben einen öfterer Arbeitswechsel zur Folge, was die jährliche Arbeitszeit und mithin das Einkommen des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt herabsetzt. Ein Vergleich ist leider nicht möglich, weil alle englischen Zahlen gleich 100 gesetzt sind und als Meßzahlen dienen. Einen Anhaltspunkt geben die deutschen Ziffern, wo (im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien) der Jahresverdienst (am englischen Maß gemessen) höher ist als der Schichtverdienst, obwohl die Anzahl der Schichten pro Jahr überall die gleiche ist. Aber nicht England, d. h. das englische Festland ist als Messer genommen, sondern ganz gewaltig ist das Britanien, also England einschließlich des ländlichen, auf niedriger Lebenshaltungsstufe stehenden Irland und einiger Steinkohlen fördernder Inseln. Trotzdem ist England immer noch das Land mit den höchsten Löhnen.

Die Höhe der Löhne ist wieder gemessen an dem Markt jedes Landes. D. h. die Ziffer der ersten und zweiten Kolonne resp. jede ihrer Einheiten sind sich gleichwertig; man kann für einen so sich angeglichenen Betrag in jedem Lande dasselbe Quantum Waren dafür kaufen.

Die Steinkohle als Grundstoff des industriellen Produktionsprozesses ist auch der Preisregulator für alle Waren und mithin ein Barometer der Lebenshaltung des betreffenden Landes. Es ist nicht schwer zu errechnen, daß eine Untersuchung anderer Industrien das gleiche Ergebnis zeitigen würde. Man darf also wohl mit Fug und Recht die Behauptung aussprechen, daß das deutsche Proletariat auf der niedrigsten Lebenshaltungsstufe Europas steht.

Das Land mit den stärksten Gewerkschaften und der größten Sozialdemokratie, das Land mit der meisten sozialdemokratischen Ministern, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräten, das Land mit dem Rathenkönig von Gewerkschaftsbeamten in Staatsstellungen, ist auch das Land des größten Elends, der niedrigsten Lebenshaltung des Proletariats. Das ist das eigentliche Resultat der Untersuchung des Internationalen Arbeitsamts!

Man kann hier nicht einwenden, daß dies seine Ursache hat in den Kriegsfolgen. Deutschland ist auch das Land mit den meisten Millionären, den (an der Kaufkraft des Geldes gemessen) höchsten Einkommen. Die Außenhandelsbilanz zeigt uns auch, daß, auf den Kopf der Arbeitskraft gerechnet, Deutschland die größte Ausfuhr hat. Und die Jahresberichte der Aktiengesellschaften und der Banken lehren uns, daß das deutsche Kapital keine Not leidet. Die Luxusindustrien, die Schlemmerstätten, die Schauspielhäuser mit ihren Luxuspreisen, und schließlich der von Owen Young berechnete Wohlstandsindex sind ebenfalls kein Ausdruck des Elends. Das Quantum durch das deutsche Proletariat erzeugte Waren das nach dem Auslande ausgeführt bzw. von Nichtstuern im Inlande verzehrt wird, ist groß genug, daß das deutsche Proletariat — kapitalistisch gesprochen — ein Anrecht auf einen größeren Anteil seines Arbeitsertrages hätte.

Warum hat es ihn nicht?

Weil Deutschland das Land mit der größten Gewerkschaftsdisziplin ist!

Neue Bücher.

W. Liebknecht, Volks-Fremdwörterbuch, Leinen 6,80 Mk.
Rothstein, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England, Leinen, 5,50 Mk.
Synclair, Boston, Kart. 4,80 Mk., Leinen 7,— Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz.

Chronik

Die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung wurde von der Reichsanstalt befürwortet. Sie soll noch vor dem Herbst durchgeführt werden. Eine Besprechung des Reichsarbeitsministers ergab hierzu die Zustimmung der SPD., Demokraten, Zentrum und Bayrische Volkspartei.

Cook zur Sozialdemokratie zurückgekehrt und zwar zur „Unabhängigen", der er vor seinem Moskauer Gastspiel angehörte. Die englischen Usepeter sind mit der Macdonald-Partei verbündet und nehmen teil an dem Wahlerlokge, d. h. an der Minister- und Beamtenstellen-Besetzung. — Die Ratten verlassen das Schiff.

Sowjets — wie sie sie auflassen. Moskau, 11. Juni (Ost-Expreß.) Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der Sowjetbeamten 1 130 000, wovon 12 Prozent höhere, 45 Prozent mittlere und 43 Prozent untere Beamten sind. Bemerkenswert ist, daß 75 Prozent der Sowjetbeamten im Alter von 17 bis 34 Jahren stehen, unter den höheren Beamten 50 Prozent. Der Prozentsatz der früheren zaristischen Beamten beträgt 4, der der Kommunisten 7. — Was man so Kommunisten nennt unter den noch nicht nach Sibirien Verschickten.

Für 14 Tage von den Sitzungen des hessischen Landtages ausgeschlossen wurden zwei KPD.-Abgeordnete, weil sie in — Rotfront-Windjacken erschienen. Da die Tagung der jetzigen Verhandlungen vor Ablauf der 14 Tage beendet wird, verlieren die beiden ihre Rechte (Immunität und Diäten) während des ganzen Sommers! — Das ist richtig, denn wer schon keinen Schupo-Tschako hat und keinen grünen Rock, hat zur Komödie Leichenträger-Uniform zu tragen.

Der Immunität verlustig erklärt und zur Strafverfolgung freigegeben wurde vom bayrischen Landtag der KPD.-Abgeordnete Dressel, weil er im März dieses Jahres an der Spitze eines Arbeitslosenzuges marschierte, der mit der Polizei in Konflikt kam. — Warum macht der Mann das auch. Ansammlungen und Umzüge dürfen nur stattfinden, wenn Könige auf den Bahnhöfen erscheinen oder die Gewerkschaften gegen eine Streikbeteiligung „abstimmen" lassen.

Die Zeitungsverleger ehren Ebert und Hindenburg. Der Verein deutscher Zeitungsverleger, der soeben in Heidelberg seine Hauptversammlung abhielt, ließ am Grabe Fritz Eberts einen Kranz niederlegen und sandte an Hindenburg ein Telegramm, in dem er ihm für seine „hohe Auffassung von den Aufgaben der Presse" dankt. — Diese Ehrung der Mosse, Scherl, Ullstein, Büxenstein und Konsorten haben beide redlich verdient.

Max Hölz hat einen Strafbefehl über 50 Mark erhalten, weil er den Redakteur der „Welt a. Abend", Rabold, in der Redaktion verprügelt hat. Hölz hat durch Rechtsanwalt Apel Einspruch erhoben, da er glaubt, daß der Rabold nicht für volle 50 Mark abbekommen hat.

Die „Welt am Abend" vor dem Arbeitsgericht. Nachdem schon zwei andere Redakteure ihre Forderungen vor dem Arbeitsgericht gegen Münzenberg ausgeklagt haben, forderte jetzt ein Dritter, Caro, Gehalt für die Kündigungszeit. Er wie die beiden anderen hatten ihre Stellung fristlos aufgegeben, weil das Blatt angeblich auf Befehl der Zentrale der KPD. seine Sprache verschärft habe. Durch Verlesung einer Anzahl Nummern konnte sich das Gericht von der Behauptung nicht überzeugen. Wohl habe die Zentrale dies versucht. Es fand eine Einigung statt und Caro erhielt 600 Mark. — Die Herren, die plötzlich „aus Gewissensbedenken die verbrecherische Politik der Kommunistischen Partei nicht mitmachen" wollten, wollten nur die Zörgiebel-Massakers wahrnehmen, um zur Sozialdemokratie hinüberzuwechseln, wo sie bemerkt immer hingehörten.

Amerika will nach Amsterdam. Bei den amerikanischen Gewerkschaftsbesitzern sind Bestrebungen im Gange, den panamerikanischen Gewerkschaftsbund mit dem Amsterdamer zusammenzuschließen. Die Amerikaner sind insofern ehrlicher, als sie ihre Gegnerschaft zum Sozialismus und ihre Kapitalsfreundlichkeit auch offen bekennen.

Lombardschwindler Bergmann aus der Haft entlassen. Bergmann war bekanntlich zu drei Jahren Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Gefängnis hat er allerdings noch nicht gesehen. Er war bis jetzt im Krankenhaus. — Man muß Geld haben, dann ist Verstand nicht nötig.

Buchbesprechungen

Dreißig neue Erzähler des neuen Rußland. Junge russische Prosa. Malik-Verlag, Berlin.

Es ist allen geworden, im Kreise eiriger Leser der modernen russischen Literatur, daß man jedes neu erscheinende Werk durch die Brille des „Neuen Rußland" betrachtet und so von vornherein weniger den Inhalt als den Erzeuger als das Primäre ansieht. Bücher des „Neuen Rußland", das heißt, selbst der verdeuteste Stoff wird mit der noch in den Kinderschuhen steckenden Entwicklung Rußlands entschuldigt. Dieser eben gekennzeichnete Zustand trifft zu einem, wenn auch geringen Teil auf das vom Malik-Verlag herausgegebene Buch „Dreißig neue Erzähler des neuen Rußland" zu. Eine Anzahl Erzählungen sind wertlos, doch möchten sie zu entschuldigen sein, weil sich der größte Teil angenehm von den wenigen Nieten abhebt und das Buch somit lesenswert machen. Die Erzählungen von Tympanow, Babel, Semor und anderen zeigen die den Russen so oft nachgerühmte realistische Auffassung und literarische Wiedergabe. Das Wiederspiegeln der harten, rauhen, oft grotesk anmutenden Wirklichkeit. Kurz gesagt, trotz der von uns angedeuteten Schwächen des Buches, ein Werk, welches sich wohltuend vom Haufen bürgerlichen Schmocks abhebt.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

15. Unterbezirk.

Die Sitzungen finden jeden Freitag nachmittag 5 Uhr bei Jahnke, Brückenstr. 3, statt. Nächste Sitzung 21. Juni.

Gedächtnisfeier für Oskar Kanehl

Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, Sophiensäle, unter Mitwirkung von Alexander Cranach und Gertrud Eysold und der Freien Sänger Moabit. — Eintritt frei.

Sonnenwendfeier.

Am Sonnabend, den 22. Juni, abends zwischen 7—8 Uhr, treffen sich alle Genossen, die sich an der diesjährigen Sonnenwendfeier beteiligen wollen, am Bahnhof Mahlsdorf (Strecke Schlesischer Bahnhof—Strausberg).

Die Feier findet am Mittelsee bei Hönow statt. Für Nachzügler ist Treffpunkt Sonntag, früh zwischen 7—8 Uhr am Bhf. Mahlsdorf.

Nähere Auskunft in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isadonat, Berlin O 17.

10. Jahrg. Nr. 25

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 22. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „neue" Linie der KPD.

Es ist eine wohl begründete Tatsache, daß eine Partei die unter dem Druck der herrschenden Staatsgewalt steht, deren Presse unterdrückt ist, und die schon verzweifelt um ihre Legalität kämpft, leichter die inneren Gegensätze überbrücken kann als in völliger Freiheit. Die alte Sozialdemokratie hat durch das Sozialistengesetz diese ihr innewohnenden Gegensätze bis zu einem Grade verdrängt, daß nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht genügend Zeit und nicht genügend Distanz zu den inneren Streitigkeiten möglich wurde, um die grundsätzlichen Probleme um die es damals schon ging, ohne Sentimentalität zu stellen und zu beantworten. Auch die eingefleischtesten Revisionisten haben alle Einwände gegen die prinzipiellen Grundlagen ihrer Politik mit der Märtyrerkrone zu erschlagen versucht, die ihnen Bismarck auf ihren reformistischen Schädel stülpte. Das Proletariat hat das Versäumnis, rechtzeitig und rücksichtslos den Trennungsstrich mit ihnen zu ziehen, selbst um den Preis der Spaltung, 1914 und die späteren Jahre mit einem Meer von Blut bezahlt.

Der zwölfte Parteitag der KPD. war ebenfalls beherrscht von den Gefühlen, daß das Verbot des RFB. und die Unterdrückung der Presse ein genügender Beweis für die „revolutionäre Linie" der Gesamtpartei sei. Die bolschewistische Terminologie von „rechts" und „links" war das Benzin, um die kochende Volksseele gegen die „Versöhnler" aufzubringen, deren Position von vornherein hoffungslos war. Dann die Begrüßungsansprachen, die Betriebsdelegationen, die Fahnendelegationen und Einmärsche, die Demonstration an die Gräber der Maiopfer usw., das alles diente einem Zweck: von vornherein eine Atmosphäre zu schaffen der „Einmütigkeit", mit Hilfe derer man uns das wirkliche Thema herumkommt.

Alle „Analysen" schaffen nämlich die Tatsache nicht aus der Welt, daß die KPD. mit ihrer „Strategie und Taktik" in einer Sackgasse sitzt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht rütteln an dem Vaterunser der „dritten Periode", wie man die heutige Lage zu bezeichnen beliebt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß diese Periode, die von der KPD. als jene Periode charakterisiert wird, „wo die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst" nicht erst voriges Jahr begann, sondern schon lange vor dem Krieg. Die KPD. hat das nicht recht begriffen, war vielmehr selbst so mit dem Kapitalismus „verwachsen", daß sie das Bedürfnis fühlte, ihre eigene Vergangenheit folgendermaßen zu charakterisieren:

„Die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung der ersten Rationalisierungswelle war die Niederschlagung des deutschen Proletariats und die Demoralisierung seiner Kampffront. Das gelang der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie **und objektiv unterstützt durch schwere Fehler der Politik der Kommunistischen Partei in den Jahren 1923/24."**

Das sagte laut Parteitagsbericht Merker, der Referent zur „Gewerkschaftsfrage". Damit ist aber auch schon die Kernfrage berührt, um die es geht. Die KPD. ist nie etwas anderes gewesen, als eine „radikale" Gewerkschaftsfraktion. Sie „wollte" immer wieder die Frage ignorieren, daß der Verrat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die reife Frucht der parlamentarisch- gewerkschaftlichen Politik ist. Sie hat jene Arbeiter, die aus Krieg und weißem Terror die Konsequenzen zogen, daß jede Führerdiplomatie eine Schutzwehr gegen proletarische Initiative ist, als „Agenten der Bourgeois!" beschimpft und in Versammlungen Pogrome gegen sie organisiert, jede Gemeinheit am Proletariat „objektiv unterstützt", nur, weil diese revolutionären Arbeiter das erkannten, was man in der KPD. so dunkel zu ahnen beginnt, nämlich:

„Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst, kann man da behaupten, daß der Kampf der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse ohne ein gewisses Sprengen des bestehenden reformistischen Gewerkschaftsrahmens abgehen kann? Es ist klar, daß man derartiges nicht behaupten kann, ohne einem Opportunismus zu verfallen. **Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen, entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird."**

Diese Worte hat Stalin, der allmächtige Papst der Moskauer Kirche, als Plattform für die Perspektive nach dem Fiasko der „Eroberung der Gewerkschaften" geprägt, und diese „Plattform" war die „Seite" der neuen Taktik des 12. Parteitages, auf die sich alle großen und kleinen Bonzen der KPD. nun zu retten suchen. Merker ergänzt das Stalinsche Evangelium noch mit folgenden Sätzen:

„Ich möchte — sagt er — in diesem Zusammenhang einige Worte über die Frage der Rolle der Amsterdamer Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale sagen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam ist die Internationale der korrumpierten und gekauften arbeiteraristokratischen Oberschicht in den Gewerkschaften aller kapitalistischen Länder."

Und er fährt dann fort:

„Ich frage: **wo ist eine Grenze zu finden zwischen der faschistischen Werksgemeinschaft, zwischen der Hilferdingschen „Betriebsdemokratie" und dem Leipartschen „Wirtschaftsbürgertum"?** Hier lassen andere wackere Sozialimperialisten selbst die Christen und Deutschnationalen hinter sich und ziehen in den Armen des gewöhnlichen Faschismus. Und das keineswegs nur in der „hohen Theorie", in den Parteitagsreden und Broschüren. Das deutsche Proletariat hat auch die Praxis zu spüren bekommen. **Es besteht kein Unterschied mehr zwischen der Politik der sogenannten freien Gewerkschaften und der Politik der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen.** Der Streik der Ruhrarbeiter, der Hennigsdorfer Metallarbeiterstreik sind der Ausdruck der entscheidenden Wendung, die die sozialimperialistischen Führer der SPD. und der Gewerkschaften durchgemacht haben. Sie befinden sich auf dem Wege zum Sozialfaschismus. **Das ist der dritte, große Unterschied zwischen der Situation während des Essener Parteitages und des Berliner Parteitages 1929."**

Man könnte ausrufen: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!" Doch die „späte Erkenntnis" ist nur die billige Wortphraseologie. Der Arbeiter wartet darauf, welche Konsequenzen der 12. Parteitag der KPD. aus der Tatsache ziehen wird, daß das Proletariat in den Gewerkschaften der „Internationale der korrumpierten und gekauften Oberschicht ausgeliefert ist. Und der 12. Parteitag gibt ihm folgende Antwort:

„Wir fürchten die Entwicklung nicht, wenn wir die Politik des 4. RGJ.-Kongresses und des 6. Weltkongresses durchführen. **Die so entstehenden Splitter, oder die hier und dort im Zusammenhang mit diesen Abspaltungsmaßnahmen entstehenden Verbände sind Begleiterscheinungen des Kampfes der revolutionären Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie und noch nicht die Grundlage einer allgemeinen einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.**

Wir dürfen nicht vergessen, daß in Deutschland Arbeitergewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von mehr als 6½ Millionen vorhanden sind."

Die Parole des ADGB. hat zwar schmählich Schiffbruch erlitten, aber — die Trümmer, auf denen die KPD. sitzen bleibt, „sind noch nicht die Grundlage einer allgemeinen einheitlichen Gewerkschaftspolitik". Die „Arbeitergewerkschaften" mit mehr als 6½ Millionen Mitgliedern haben es der KPD. weiter angetan. Die „Rote Gewerkschaftsinternationale" soll weiter die Konkursmasse verwalten, die in der Form von ausgeschlossenen Zahlstellen übrig bleibt. Das Proletariat soll „kämpfen" mit „Vertrauensleuten", „Streikleitungen", „Betriebskomitees" usw. Die Kardinalfrage, daß die Arbeiterklasse dazu übergehen muß, sich für die Massenaktion gegen den Kapitalismus die Organisationen zu schaffen, in denen an Stelle der Führerdiplomatie die proletarische Initiative von unten auf gewahrt bleibt. Die Betriebsorganisationen als Glieder der Klassenorganisation des Proletariats wird überhaupt nicht berührt. So hängen alle Phrasen über die „Sozialfaschisten" einfach in der Luft. Man kommt über hysterische Anfälle und lächerliches Gebrüll über „Verräter" einfach nicht hinaus. Ein offener, jämmerlicher Bankerott.

Die Gliederung der deutschen Arbeiterklasse.

„Die Lohnstenerstatistik gibt eine Vorstellung über die Gliederung der deutschen Arbeiterklasse, über den Umfang ihrer obersten Schicht und den breiten untersten Massen. Es sind in Deutschland 23 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger vorhanden. Von diesen verdienen 10 Millionen einen Wochenlohn bis zu 25 Mark, 7,8 Millionen erreichen einen Wochenlohn bis zu 28 Mark, 4 Millionen erhalten einen Wochenlohn von 28 bis 58 Mark, und 1 Million von 58 bis 75 Mark Wochenlohn. Die restlichen verfügen über ein Einkommen von mehr als 75 Mark pro Woche. (Zu ihnen gehören auch alle höheren Privatangestellten und Staatsbeamten.) Wir haben also etwa 18 Millionen Arbeiter und Angestellte, die ein Einkommen bis 28 Mark pro Woche haben. Das ist die soziale Basis, auf die wir in der ersten Linie uns stützen müssen.

Unser Kampf muß geführt werden nicht nur gegen die mit dem kapitalistischen Staatsapparat immer mehr verwachsenden Spitzen der Gewerkschaften, sondern auch mit ihrem arbeiteraristokratischen Anhang in den Betrieben. Der Gewerkschaftsapparat verwächst immer mehr mit dem bürgerlichen Wirtschafts- und Staatsapparat. Zu vielen Hunderten befinden sich ehemalige Gewerkschaftsführer in den wichtigsten Positionen des bürgerlichen Staatsapparates als Minister, Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten usw.

Die SPD. verfügt über etwa 44 000 Abgeordnete des Landtags, der Provinz- und Gemeindeparlamente, die alle schon besoldet oder die Hoffnung auf Besoldung vom kapitalistischen Staat haben. Die SPD. verfügt über rund 50 000 Angestellte und Beamte bei Behörden, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. Aber auch die sozialdemokratischen Betriebsräte, die gutbezahlte obere Schicht der qualifizierten Arbeiter bilden den arbeiteraristokratischen Kern in den Betrieben."

Besser kann eigentlich nicht gezeigt werden, was es mit den „Arbeitergewerkschaften" auf sich hat. Armer Merker! Er muß in seinem Schlußwort nun gegen die „Versöhnler" polemisieren, und wirft dabei auch den halben Rest von „Logik" über den Haufen, den der eine oder der andere noch aus seiner „Linie" gern herauslassen möchte. — Denn obiges Zitat ist keine Erwiderung von uns — das besorgt Merker selbst. Er zeigt die „Arbeitergewerkschaften" als die Organisationen der bestochenen Arbeiteraristokratie — und geht nach Hause. Auch ein Mittelstein der Entwicklung, — wenn auch von der Wirklichkeit in das Reich lächerlicher, tagelanger Schwätzerei.

Die Figuren die dort die bedauernswerten Proletarier ermüdeten, indem sie Rekorde im Dauerreden aufstellten um in diesen Dauerreden nichts zu sagen, sind nur Anreißer für eine „Politik", deren Träger andere Sorgen haben, als die ideologische Entwicklung des Proletariats von ohnmächtigen Untertanen der Führerorganisationen zum klassenbewußten Träger seines eigenen Schicksals in seinem weltgeschichtlichen Kampf. **Moskau hat dem Proletariat nichts mehr zu sagen! Das ist der Sinn des 12. Parteitages der KPD.** Aber Moskau braucht Massen für seine kapitalistische Staatsdiplomatie. Moskau braucht Massen die gläubig zu dem heiligen Stuhl im Kreml aufschauen, die aber keinen Schritt weiter gehen, als die russische Diplomatie dies wünscht. Moskau braucht die Entnervung der revolutionären Bewegung, braucht die schreiende und polternde Ohnmacht und scheut kein Mittel, jene korrumpierten Thälmänner in den Sätteln zu halten, die zu allem fähig sind.

Das revolutionäre Proletariat jedoch weiß, daß mit dem immer offensichtlicher werdenden Klassenverrat der Gewerkschaften und Sozialdemokratie auch die Mauern unterspült werden, auf denen die prinzipien- und charakterlose „Politik", Moskaus ruht. Die Bürokratie der KPD. wird nicht kommen — die KPD. sagt deutlich, warum sie nicht kommt. Aber die ehrlichen Proletarier der KPD. werden — über kurz oder lang — begreifen, daß die erste Bedingung der Befreiung des Proletariats die Befreiung aus den organisatorischen und ideellen Fesseln einer verlumpten Bürokratie ist.

Englischer Sozialismus

Der Wahlsieg der Labour Party wird von allen s